

Wochentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.  
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf.  
Postzeitungs- und 72 Pf. Postbefrei-  
gaben. Auslandsabonnement 5,65 M.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Druckfrachtpreis 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen  
höherer Gewalt besteht kein Anspruch  
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreis  
siehe am Schluß des redaktionslosen  
Teils.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag  
25. August 1932  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

# Zurück zum Recht!

## Regierung in selbstgeschaffener Verlegenheit.

Das erste Berliner Sondergerichtsurteil hat einen zwanzigjährigen jungen Menschen, der kommunistischer Sympathien verdächtig ist, mit einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren getroffen, während der einzige Angeklagte von der anderen Seite, ein junger Nationalsozialist, als Freigesprochener den Gerichtssaal verlassen konnte.

Der Kommunist wird beschuldigt, einen Schuß abgegeben zu haben, der glücklicherweise niemanden getroffen hat, der Nationalsozialist soll einen Trommelrevolver weggeworfen

## Neue Krawalle in Beuthen.

### Röhm und Heines pfeifen auf Verbote!

Beuthen, 24. August. (Eigenbericht.)

Im Verlauf des Mittwoch boten die Nationalsozialisten alles auf, um neue Unruhe unter der Bevölkerung hervorzurufen, was ihnen auch zum Teil gelang. Bereits in den frühen Morgenstunden durchzogen starke uniformierte SA-Trupps die Straßen. Beim Eintreffen des Volkswarriors Röhm, der im Auftrage Hitlers die Verurteilten besuchte, demonstrieren sie vor dem Hauptbahnhof, später mehrere hundert Personen stark vor dem Gerichtsgebäude, wo trotz Demonstrationsverbots

von Handel und Gewerbe Schritte bei der Regierung geplant, um die baldige Wiederherstellung der Ruhe zu fordern. In Gleiwitz kam es im Verlaufe des Mittwoch ebenfalls zu öffentlichen Demonstrationen der zusammengezogenen SA. In den Mittagstunden besetzte sie die Bürgersteige der Hauptstraßen und bildete dort ein regelrechtes Spalier. Später bei der Abfahrt Röhm's und des Anwalts Luetgebrune wurde sie am Bahnhof zusammengezogen. Hier demonstrierte sie regelrecht und marschierte dann in geschlossenen Trupps durch die Hauptstraßen in das Innere der Stadt. Die Bevölkerung, die in überwiegender Mehrheit nicht nationalsozialistisch ist, fühlt sich durch den wachsenden Terror der SA außerordentlich beunruhigt und fürchtet das Schlimmste, wenn nicht bald gegenüber den SA-Häufen durchgegriffen wird. Die auf Beunruhigung hinstellenden Nazifaktionen werden offensichtlich planmäßig organisiert und von Feme-Heines geleitet.

### Röhm in Anwesenheit der Polizei eine Ansprache hielt,

in der er erklärte, daß das Urteil nicht vollstreckt würde. In den Mittagstunden wurde es in den Straßen der Stadt etwas ruhiger, während in den Abendstunden die Nationalsozialisten ein Extrablatt verbreiteten, in dem sie die ihnen vertatene Absicht, sämtliche Verurteilten im Laufe der Nacht nach dem Zuchthaus in Groß-Strehlitz zu bringen, unter neuen Gewaltandrohungen zur Kenntnis brachten. Mittels Lastautos, durch Motorräder und Radfahrerkolonnen zogen sie die SA in Beuthen zusammen. Unter diesen befinden sich immer mehr Trupps aus dem benachbarten Niederschlesien. Die fortgesetzten Unruhen in Beuthen haben das Wirtschaftsleben der Stadt bereits schwer geschädigt. Besonders klagt die gesamte Kaufmannschaft, daß die Geschäfte völlig zum Erliegen gekommen sind. Zahlreiche Käufer aus dem benachbarten Ostoberschlesien blieben völlig aus. Wie wir erfahren, sind

### Nazis demolieren das Volkshaus.

In den Abendstunden des Mittwoch kam es wieder zu großen nationalsozialistischen Zusammenrottungen vor dem Landgerichtsgebäude. Starke Trupps zogen um das Gebäude und forderten die Freilassung der Verurteilten. Die Polizei griff dann ein, zerstreute die Ansammlungen und räumte die Beuthener Hauptstraßen mit dem Gummiknüppel. Die Nationalsozialisten hatten während der Ansammlungen in den Straßen mehrere Schaufensterscheiben zertrümmert. Eine starke Gruppe drang zum Volkshaus vor, wo sie die Tür einschlugen und 16 Fensterscheiben einwarfen.

## Der „Angriff“ verboten.

### Wegen Beschimpfung Papens und Anreizung zum Ungehorsam.

Wie der Berliner Polizeipräsident mitteilt, ist das nationalsozialistische Berliner Organ „Der Angriff“ wegen Beschimpfung und böswilliger Verdächtlichmachung des Reichskanzlers in der Mittwochnummer und wegen Anreizung zum Ungehorsam und zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt in den beiden letzten Nummern mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 31. August dieses Jahres verboten worden.

haben, aus dem ein Schuß abgegeben worden war. Dafür hatte der Staatsanwalt 9 Monate Gefängnis beantragt. Zweifellos hat also der Nationalsozialist mehr Glück gehabt als der Kommunist. Die Richter sind in freier Beweiswürdigung zu dem Urteil gekommen, daß der eine schuldig ist, der andere nicht. Ein Rechtsmittel außer der Wiederaufnahme des Verfahrens, die nur unter ganz besonderen Umständen auf schwierigen Wegen in Gang zu setzen ist, gibt es nicht.

Die Serie der Schreckensurteile, an deren Anfang wir jetzt stehen und deren erste Etappen durch die Ortsnamen Briesg, Beuthen und Berlin bezeichnet werden, hat in der Notverordnung vom 9. August ihren Ausgangspunkt. Diese Notverordnung zwingt die Richter, über Angeklagte, deren Schuld sie für erwiesen halten, Strafen von ganz grauenhafter Höhe zu verhängen. Die Regierung selbst scheint starke Zweifel zu hegen, ob die vor zwei Wochen unter ihrer Verantwortung erlassene Notverordnung wirklich in ihrer ganzen Schärfe durchgeführt werden kann. Sie zeigt keine Neigung, das fünfjährige Todesurteil vollstrecken zu lassen, zu dessen Verkündung sie die Beuthener Richter durch ihre Notverordnung vom 9. August gezwungen hat.

Die Regierung selbst ist durch dieses von ihr erzwungene Urteil in eine geradezu furchtbare Lage gekommen, denn einerseits schreift sie aus begrifflichen Gründen vor der Vollstreckung zurück, andererseits aber kann sie keine Gnade üben, ohne den Anschein zu erwecken, als hätte sie vor den schamlos frechen Drohungen der Hitler und Goebbels kapituliert.

Niemand kann der Regierung ihre Verantwortung abnehmen, niemand kann ihr den Weg aus dem Wirrsal weisen, in das sie geraten ist und zwangsläufig geraten mußte von dem Tage ab, an dem sie der SA ihr Dasein und ihre Uniformfreiheit wiedergab. Eines aber muß angesichts dieser beispiellos verworrenen Situation immer und immer wiederholt werden, daß eine Korrektur der Wirkungen der Notverordnung vom 9. August durch die Regierung nur dann denkbar und überhaupt irgendwie zulässig ist, wenn sie nach allen Seiten hin gleichmäßig erfolgt.

Wie notwendig eine solche gleichmäßige Korrektur ist, zeigt gerade der Berliner Fall. Würde das Beuthener Urteil korrigiert, das Berliner aber nicht, so würde sich ergeben, daß ein nicht einmal bewiesener Schuß in die Luft in Berlin ungefähr ebenso hart bestraft würde wie in Beuthen ein vorfänglich begangener, feiger und bestialischer Mord! Ja, es ließe sich sogar denken, daß die Verurteilten von Beuthen bei einer entsprechenden Entwicklung

der politischen Verhältnisse alsbald wieder die volle Freiheit gewinnen, ja vielleicht nach berühmten Vorbildern die Bänke des Parlaments schmücken könnten, während der arme Junge in Berlin, der den Kommunisten nahesteht und einen Schuß ohne weitere Folgen abgegeben haben soll, im Zuchthaus verfaulte!

Die Eröffnung solcher Perspektiven zeigt, daß es weniger eine Frage des Buchstabenrechts als eine Frage der Politik ist, was zu allererst aus den Urteilen der Sondergerichte werden soll. Was geschehen würde, wenn die Nationalsozialisten die ganze Nacht erlangten, darüber kann ja kein Zweifel bestehen, das kann man jeden Tag in der nationalsozialistischen Presse ausführlich lesen. Dann wird keinem Nationalsozialisten, der einen Andersdenkenden tötet, ein Haar gekrümmt werden, die Nichtnationalsozialisten aber, die dann noch wagen, sich zu wehren, werden ganz einfach an die Wand gestellt werden. Trotz der ungeheuren Stimmenzahl, die die Nationalsozialisten bei den letzten Wahlen auf sich vereinigt haben, wird man nicht annehmen können, daß ein wesentlicher Teil des deutschen Volkes — von den kriminell Veranlagten abgesehen — einen solchen „Rechtszustand“ wünscht.

Wer aber vor solchen Konsequenzen zurückschreckt, der wird mit uns Sozialdemokraten den anderen Weg gehen müssen, nämlich den Weg, der zu Recht und Gerechtigkeit und Menschlichkeit zurück führt. Kommt in absehbarer Zeit die Sozialdemokratie zu entscheidendem Einfluß im Staate, dann wird es ihre erste Pflicht sein, den Kerker Tore zu öffnen, die ungerecht oder zu hart bestraft worden sind.

Es gibt heute keinen anderen Weg, dem Recht und der Gerechtigkeit wieder zur Geltung zu verhelfen, als die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei! Denn der Weg nationalsozialistisch-kommunistischer Amnestiegelecke dürfte angesichts der augenblicklichen Arbeitslosigkeit und Entmachtung der Parlamente im Reich und in

Preußen für absehbare Zeit versperrt sein. Es läßt sich heute auch nicht mehr gut vorstellen, daß etwa die Kommunisten für die sofortige Freilassung der SA-Deute stimmen könnten, die ihren Parteigenossen in Potempa bestialisch ermordet haben, und daß die Nationalsozialisten als Gegenleistung für die Straflosigkeit von „Rotmord“ stimmen könnten.

Die Kommunisten werden praktisch auch damit nichts erreichen, daß sie in den Parlamenten Anträge auf sofortige Freilassung linksgerichteter Verurteilter einbringen. Eine Wendung kann nur herbeigeführt werden durch einen Umschwung der politischen Machtverhältnisse. Für ihn muß bis zur äußersten Hingabe jeder arbeiten und kämpfen, dem es mit dem Willen, das Unrecht der Sondergerichtsbarkeit zu beseitigen, ernst ist!

## „Kameraden.“

### Das ist Hitlers Kameraderie.

Zu dem Telegramm Adolf Hitlers an die Beuthener Verurteilten, die er „seine Kameraden“ nennt und seiner unendlichen Treue versichert, schreibt unsere ober-schlesische Parteizeitung:

Hitler spricht in einem Telegramm an die in Beuthen wegen Mord Verurteilten diese an: „Meine Kameraden“. Schöne Kameraden sind das! So der wegen Anführung zum Mord und wegen dabei beklundeter gemeiner Gesinnung zum Tode und lebenslänglicher Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte Bachmann. Dieser „Kamerad“ Hitlers war noch vor zwei Jahren Kommunist, vor einem Jahr schrieb er sich an der Spitze einer Zentrums-Mitgliederliste ein und wurde dann vor einigen Monaten Nazijünger. Er ist der Justiz kein unbekanntes Blatt. In seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher hat er sein Amt wiederholt mißbraucht. Er war der typische Dorfstrann. Selbst kein Verteidiger Luetgebrune mußte zugeben, daß er den Alkohol liebte und im Suff wilde Reden führte. Dies nicht nur, er war auch ein unanständiges Raubbein. Der Kaufhandel gehörte zu seiner zweiten Natur.

# Zuchthausurteil in Berlin.

## Das erste Urteil des Berliner Sondergerichts.

Das Berliner Sondergericht verkündete unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Tolk gestern nachmittag in seiner ersten Verhandlung folgendes Urteil:

Der 20 Jahre alte Hausdiener Paul Schmidke wurde wegen schweren Landfriedensbruchs zu 10 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt, der 25 Jahre alte nationalsozialistische Arbeiter Franz Bidel wurde von der Anklage des unbefugten Waffenbesitzes freigesprochen.

In der Begründung des Urteils, das im Zuhörerraum Bewegung auslöste, ging Landgerichtsdirektor Tolk zunächst auf die von Rechtsanwalt Dr. Vitten angezeigte Existenzberechtigung des Sondergerichts ein. Die Existenzberechtigung des Sondergerichts sei durch die Notverordnung des Reichspräsidenten begründet, die zweifellos rechtmäßig sei. Der Vorherrscher verweise auf die einschlägige Reichsgerichtsentscheidung, nach der kein Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Notverordnungen auskommen könne und wonach das Sondergericht zuständig sei. Dr. Tolk ging dann auf die Prozessmaterie selbst ein und betonte, daß der Angeklagte Schmidke durch die übereinstimmenden Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen nach Ansicht des Gerichts überführt sei, an der Zusammenrottung in der Brosauer Straße in der Nacht vom 14. zum 15. August teilgenommen und geschossen zu haben. Diese Zusammenrottung erfülle die Tatbestandsmerkmale des schweren Landfriedensbruchs. Das Gericht habe entgegen den Ausführungen des Verteidigers

den Aussagen der nationalsozialistischen Zeugen vollen Glauben geschenkt.

Es spreche nichts dafür, daß sich die Nationalsozialisten etwa verabschiedet hätten, den Angeklagten Schmidke zu Unrecht zu belasten. Aus diesem Grunde mußte (!) er zu der durch die Notverordnung eingeführten Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt werden. Der Angeklagte Bidel mußte (!) freigesprochen werden, weil er nur durch die Aussage eines Zeugen belastet worden sei, der ihn aber nur nach der Kleidung, nicht aber sonst wiederzuerkennen glaubte, so daß die Möglichkeit einer Personenverwechslung nicht ausgeschlossen sei.

### Anklage einer Mutter.

Der zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte Angeklagte Schmidke erlitt dann, als seine Mutter an die Anklagebank herantrat, um sich schluchzend von ihm zu verabschieden, einen hochgradigen Erregungsanfall und wollte sich nicht abführen lassen, so daß ihn vier Justizwachmeister mit Gewalt fortzuschleppen mußten. Die Mutter des Angeklagten jammerte laut:

„Mein armes Kind, mein armes Kind, ich gehe nicht allein nach Hause, ich laß mich überfahren. Mein Kind ist ja ganz unschuldig. Wenn es einen Gott gibt, darf er das nicht zulassen. Das ist Gerechtigkeit, das ist das Vaterland.“

Der Verteidiger des Angeklagten Schmidke und einige andere Personen mußten die schluchzende und am ganzen Körper zitternde Frau beruhigen und hinausgeleiten. Auch auf dem Korridor brach die Mutter in immer neue Rufe der Verzweiflung aus.

Der freigesprochene Nationalsozialist Bidel, gegen den der Haftbefehl aufgehoben wurde, wurde noch im Laufe des Nachmittags aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen. — Zu

irgendwelchen Rundgebungen vor dem Gericht kam es nicht, da die Polizei alsbald dafür sorgte, daß sich die Zuhörer zerstreuten.

### Zu gleicher Zeit.

Zur gleichen Zeit wie das Sondergericht verhandelte auch das Schöffengericht Berlin-Schöneberg zum zweitenmal gegen drei Nationalsozialisten, die am Abend des 6. März in der Nähe des Haleschen Tors Mitglieder des Reichsbanners und der Arbeiterjugend überfallen und mißhandelt hatten.

Die Aussagen der Belastungszeugen waren eindeutig und glaubhaft; in diesem Sinne lauteten auch die Ausführungen des Staatsanwalts, der gegen zwei der Angeklagten drei Monate Gefängnis, im dritten Falle Freispruch beantragte. Als die Beweisaufnahme bereits zu Ende war, erschien, hakenkreuzgeschmückt, der Verteidiger der Angeklagten. Er hielt folgendes klassische Plädoyer:

„Meine Herren! Ich weiß zwar nicht, was vorgefallen ist; aber soviel steht fest, daß die Angeklagten keinen bösen Willen hatten und daß die Angeklagten getan haben, was ein deutscher Mann immer tut: Sie haben als Kerle dagestanden.“

Das Gericht schien der gleichen Meinung zu sein: es sprach die „Kerle“ frei. Landgerichtsdirektor Ziegel meinte, zwar bestehe der Verdacht, daß die Nazis angefallen hätten, da sie in der Ueberzahl gewesen seien — aber die Schuld sei deshalb nicht erwiesen, weil ihre Belastungszeugen einer gegnerischen Partei angehörten und deshalb nicht unparteiisch seien.

Im ersten Saale — Vorsitz Tolk — sind Zeugen nur einer gegnerischen Partei so glaubhaft, daß man daraufhin einen unmündigen Menschen auf zehn Jahre ins Zuchthaus (ohne Rechtsmittel) schickt.

Im andern Saale — Vorsitz Ziegel — sind die Zeugen aus der gegnerischen Partei so parteiisch, daß die Schuldigen frei ausgehen!

Eine Rechtsprechung, die sich gemaschen hat!

### Auch in Württemberg.

Stuttgart, 24. August. (Eigenbericht.)

In Ulm wurde im Juli dieses Jahres der 56jährige sozialdemokratische Stadtrat und Redakteur der „Donau-Wacht“, Goehring, von einem SS-Mann und mehreren SA-Leuten angerepelt, unter größtenteils Beschimpfungen eine StraÙe entlang verfolgt, mit schweren Stiefeln in den Oberkörper getreten, ins Gesicht und an den Hinterkopf geschlagen und wiederholt schwer mißhandelt. Täter war der SS-Mann Moeder, früherer Reichswachwachmeister und Verforgungsamtwärter. Das Amtsgericht Ulm fühlte seine Straftaten mit einem Strafbefehl auf Zahlung von — 25 Mark!

Am gleichen Tage gab es in einer anderen Ulmer Stadtgegend einen Zusammenstoß zwischen Reichsbannerangehörigen und dem SA-Mann Braig. Dabei hatte der 63jährige Reichsbannermann Kroll dem Braig einen Hieb mit dem Stoß verlehrt. Kroll behauptete, Braig habe ihm vorher einen Stoß gegen die Brust gegeben, was Braig aber bestritt. Kroll wurde wegen des Stockhiebess zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und gleich in Haft gehalten. Auch ein Zeuge namens Roth wurde wegen des Verdachts, Braig an dem gleichen Abend auch einmal geschlagen zu haben, sofort in Haft genommen.

Man vergleiche diese Urteile des gleichen Amtsgerichts und man wird einen Begriff davon erhalten, was gewisse Juristen für „Gerechtigkeit“ halten!

Wenn er gut gefoumt war, schloß er zur Abwechslung mit seinen kommunistischen Nachbarn Freundschaft und soß mit ihnen. So hatte er noch am Tage vor der Mordtat mit dem Ermordeten Pietzuch zusammen gezecht! Ein seiner Kamerad für Hitler. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß der große Adolf ihn für sich reklamiert.

Ein zweiter seiner Kamerad Hitlers ist der Verurteilte Gräupner, den auch die Nazipresse während des Prozesses als eine besondere Perle in der Hitler-Krone würdigte. Gräupner ist der Typus eines Landsknechtes. Er hatte an dem Soldatssein im Kriege nicht genug, ebensowenig an den ober-schleischen Abstammungskämpfen. Auf welcher Seite er während dieser stand, ist in den Verhandlungen nicht bekannt geworden. Als es in Ober-schlesien mit der täglichen Schießerei aus war, ging er zum „Erbsind“ und wurde französischer Fremdenlegionär! Dort beging er nach einigen Jahren eine Straftat und wurde abgeschoben. Heute ist er wieder „Soldat bei Hitler“ und führt die SA-Kolonnen nach Potempa. Wer Gelegenheit hatte, im Beuthener Schwurgerichtssaal das Benehmen aller Angeklagten zu beobachten, konnte über deren Gefährlichkeit nur entsetzt sein. Sie sind aber jetzt durch die Kameradschaftserklärung Hitlers rehabilitiert. Es gibt noch rohere Burschen in Deutschland, als die Potempaer Mörder.“

Man muß diese „germanischen Edelmenschen“ wirklich bei Licht betrachten, um zu verstehen, warum auch der Stahlhelm und der „Königin-Luise-Bund“ für sie bei Reichsregierung und Reichspräsidenten um — Gnade winseln! Kameraden — in der Tat!

## Lahusen-Anwalt für die Mörder.

### Die Ausreden Luetgebrennes.

München, 24. August. (Eigenbericht.)

Der Verteidiger der SA-Mörder von Potempa, Rechtsanwalt Dr. Luetgebrenne, erhob in einer Unterredung mit dem Bericht-erstattenden des „Völkischen Beobachters“ schwere Vorwürfe gegen das Beuthener Gericht. Er sagte, man werde den Eindruck nicht los, daß ein Verdachtsurteil ergangen sei in der unbewußten Erwartung, daß die Gnadeninstanz schon die schwersten Folgen der fünfjährigen Hinrichtung abwenden müsse und werde. Verdachtsurteil nennt er den Urteilspruch, weil nach seiner Behauptung gar nicht geprüft worden sei, ob die in die Wohnung des ermordeten Pietzuch eingedrungenen SA-Banden auch die Absicht hatten, ihr Opfer zu ermorden. Im Gegensatz zu Hitlers hysterischem Geschrei sagt Luetgebrenne, daß nicht den Befehlgeber, also nicht die Rotweissordner die Schuld an dem Urteil treffe, sondern daß die ganze Verantwortung und alle Folgen die Richter des Sondergerichts allein zu tragen hätten.

Der Verdacht, daß es der Nazileitung nicht so sehr um die fünf verurteilten Opfer ihrer systematischen Mordhege als vielmehr um die mordpropagandistische Ausschöpfung der Todesurteile zur neuen Auffspaltung der Massen zu tun ist, geht aus dem weiteren Ausspruch Luetgebrennes hervor, daß der Gnadenweg gar nicht in Frage komme. Es handele sich um einen Justizskandal, so daß er es von seiner Seite ablehnen müsse, den Gnadenweg zu beschreiten. Luetgebrenne will statt dessen das Wiederauf-nahmeverfahren betreiben, weil angeblich Beweismittel dafür beigebracht seien, daß der ermordete Pietzuch am Abend des 9. August zwischen 10 und 11 Uhr mit 12 Kommunisten einen SA-Mann mit Waffen überfallen habe, während bei Gericht behauptet wurde, Pietzuch habe bereits um 8 Uhr im Bett gelegen.

Warum dem sonst in allen juristischen Gewässern heimischen Lahusen-Anwalt die Erkenntnis, daß Pietzuch am Vorabend seiner Ermordung SA-Leute „überfallen“ habe, nicht schon früher gekommen ist, sagt er nicht. Ein politisches Kind aber muß sich doch sagen, daß das ein für die Prozeßführung außerordentlich wichtiges Faktum sein müßte. So liegt die Annahme nahe, daß der „Ueberfall“ nachträglich erfunden wurde, um die Mörder moralisch zu entlasten.

Die aufgeregte Diskussion über die Fortentwicklung der Regierungspolitik im Reich und in Preußen, die noch vor zwei Tagen die Spalten des „Völkischen Beobachters“ füllte, ist mit einem Schlage verstummt. Mit richtigem Instinkt hat sich die Propaganda auf der Richterbank von Beuthen gestürzt. In vollen vier Seiten des Hitler-Organs wird eine bisher noch nie dagewesene Häßlichkeit über das Land geschüttet. Sogar eine oberbayerische Kammerkassiertragedie, bei der ein junger Nazimann sein Leben einbüßte, wird zum Beweis für die verfolgte Unschuld der aufbaumwilligen Rechte von Potempa herangezogen. Lediglich der Russe Rosen-burg bemüht sich nebenher, das Thema Regierungsabildung wieder vorsichtig in Gang zu bringen und die Machtansprüche der Hitlererei erneut anzumelden. „Eine Staatsautorität“ — so schreibt er — „gibt es für Herrn von Papen deshalb nicht zu verteidigen, weil kein Staat mehr da ist, sondern nur eine Kulisse. Um einen Staat zu schaffen, muß die Kulisse fallen und der Nationalsozialismus als organisierter Volkswille das Fundament der Zukunft bilden.“

## Bomben auf dem Dorfe.

### Sprengstoffanschlag im Kreise Landsberg.

Landsberg a. d. W., 24. August.

In der vergangenen Nacht riß ein starker Kanonenschlag, der wahrscheinlich von einem Sprengkörper oder einer Bombe herrührte, die Bewohner des Dorfes Gennin aus dem Schlaf. Der Aufschlag richtete sich gegen das Grundstück des Maurers Siepest. An einem 2 Meter hohen Bretterzaun war der Sprengkörper niedergelegt worden. Der Zaun ist vom Aufdruck auf eine Länge von 3 Meter niedergelassen worden. Ein dahinter stehender massiver Stall wurde eingedrückt. Am Bohnhaus wurden an zwei Fenstern die Scheiben samt dem Fassungsholz demoliert. Am gegenüberliegenden Bohnhaus gingen vier Fensterscheiben in Trümmer. Bereits vor einigen Tagen wurde im Nachbargarten eine Drohschrift an den Sohn des Siepest und darauf im eigenen Garten ein bombenähnlicher Gegenstand gefunden.

## Handgranaten gegen Finanzamt.

Cöfel, 24. August.

Gegen das hiesige Finanzamt wurden in der vergangenen Nacht zwei zusammengebundene Stielhandgranaten geschleudert, die in den Vorgarten des Finanzamtsgebäudes fielen, dort aber nur geringen Schaden anrichteten. Durch den Aufdruck wurden neun Fensterscheiben zerrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

Das französische Marineministerium erklärt zu den Zeitungs-artikeln über ein vermeintliches U-Bootsunglück, es sei überhaupt kein derartiger Unfall vorgekommen. Das U-Boot „Argo“ habe lediglich längere Tauchfahrten unternommen, die alle ohne jeden Zwischenfall zur vollen Zufriedenheit der Marinebehörden verlaufen seien. Das Boot sei bereits wieder in Dienst gestellt.

## Ganoven-Ehre!

### Warum SA-Sturm 81 meuterte.

Eberswalde, 24. August. (Eigenbericht.)

Im Sturm 81 der Eberswalder SA ist eine Meuterei ausgebrochen. Zahlreiche SA-Leute verweigerten ihren Führern die Gefolgschaft. Der Sturm wurde von der Parteileitung aufgelöst. Er soll, wie es heißt, neu gebildet werden.

Hierzu erfahren wir: In Eberswalde sind zwei SA-Stürme untergebrocht, der Sturm 64 und der Sturm 81. Bereits vor mehreren Wochen ist es zwischen den Mitgliedern des Sturmes 81 und der Parteileitung zu schweren Differenzen gekommen, die damit endeten, daß etwa ein Duzend SA-Leute ausgeschlossen wurde. Neuerdings ist es nun wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sturm und Parteileitung gekommen. Diese Differenzen sollen, wie man erfährt, dadurch hervorgerufen worden sein, daß die Partei den SA-Mann Gösch, der vor wenigen Tagen vom Eberswalder Schöffengericht wegen schwerer Erpressung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, und den Truppenführer Schimanski, der wegen schweren Einbruchdiebstahls bei dem Stahlhelm verhaftet und gegen den ein Verfahren eingeleitet wurde, aus der Partei ausschließen wollte. Die SA-Leute, unter denen sich verschiedene mit mehrjährigen Zuchthausstrafen (aber natürlich nicht aus politischen Motiven) befinden, wollten das jedoch nicht zugeben und drohten mit Behorrensverweigerung. Als der Sturm 81 nun zu einer Uebung zusammen-treten sollte, blieb der größte Teil der SA-Leute der Uebung fern. Sie stellten an die Parteileitung ein Ultimatum, bei dessen Nichterfüllung sie „aufschlagen“ wollten. Daraufhin wurde der Sturm aufgelöst. Auch innerhalb der Parteileitung in Eberswalde selbst ist es zu schweren Differenzen gekommen. Der gemäßigte und der radikale Flügel der Partei und der SA streiten sich augenblicklich um den Posten des obersten Führers im Eberswalder Bezirk. Zu einer Einigung ist es bisher nicht gekommen, vielmehr versuchen der bisherige Führer und drei Unterführer sich gegenseitig „durchschlagende Beweise“ von ihrer Unfähigkeit und Trottelhaftigkeit zu überzeugen.

## Guilbeaug vorm Kriegsgericht.

### Entlassung verweigert.

Paris, 24. August. (Eigenbericht.)

Der pazifistische Schriftsteller Henri Guilbeaug, der seinerzeit wegen Hochoerrats zum Tode verurteilt wurde und sich jetzt in Paris gestellt hat, stand am Mittwoch zum ersten Male vor dem Kriegsgericht, zunächst aber nur zur Feststellung seiner

Veronalten und Verletzung der Anklageschrift. Die eigentliche Verhandlung wird erst in drei Monaten beginnen. Für die Zwischenzeit hatte der Angeklagte die provisorische Freilassung beantragt, was ihm jedoch „angeichts der Schwere seiner Straftaten“ verweigert wurde. Einen besonderen Grund für diese Weigerung sah das Gericht darin, daß Guilbeaug 1918 als Beamter der russischen Sowjetregierung russischer Staatsbürger geworden ist.

## Aus einer Faschistenbotschaft.

### Gesandter von gerügtem Angestellten überfallen.

Reval, 24. August.

Der italienische Gesandte in Estland, Graf Tosti, Herzog von Balmuccia, wurde von dem Kassebeamten dieser Gesandtschaft, Ferraris, in den Diensträumen überfallen und durch Rasiermesser-schnitte im Gesicht ernst, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Der Gesandte hatte Ferraris ernste Vorhaltungen gemacht, da Ferraris einer Angestellten der Gesandtschaft eine Dreizeige verweigert hatte. Im Gespräch stürzte sich Ferraris auf den Gesandten. Ferraris, der italienischer Staatsangehöriger ist, aber nicht zum diplomatischen Korps gehört, wurde von der estländischen Polizei verhaftet.

## Die Unruhen bei Kattowitz.

### Hungernde Arbeitslose wüten gegeneinander.

Kattowitz, 24. August.

Die Nachrichten über schwere blutige Ausschreitungen in Agneschütte sind weit übertrieben. Schon seit Monaten hatten arbeitslose Bergarbeiter zwischen Hohenlohehütte und Josephsdorf Kohle, die nicht tief liegt, eigenmächtig gefördert und in den umliegenden Ortschaften verkauft. Die Polizei hatte den Auftrag erhalten, diese Kohlschächte zu sperren und den Kohlenverkauf zu unterbinden. Der Betrieb auf diesen Kohlschächten hatte jedoch schon so großen Umfang angenommen, daß die Polizei dagegen machtlos war. Am Dienstagnachmittag kam es nun zwischen einheimischen und auswärtigen Arbeitslosen bei dem Kohlenabbau zum Streit und schließlich zur Schlägerei. Die Arbeitslosen gingen mit Schaufeln und Hacken aufeinander los. Dem herbeigerufenen Ueberfallkommando gelang es, die streitenden Parteien auseinanderzubringen. Bei der Schlägerei wurde ein Arbeitsloser an der Hand schwer verletzt. Ein anderer wurde in einen Schacht geworfen und erlitt mehrere Knochenbrüche. Zahlreiche Arbeitslose wurden leicht verletzt. Am heutigen Morgen versuchten einzelne Gruppen der Arbeitslosen, die Förderung der Kohle wieder aufzunehmen. Die Polizei hatte jedoch das Gelände umstellt und ließ niemanden hingu.

# Rechtsanwalt Freister!

Das Mustereemplar eines Volkjuristen.

Eine besondere Zierde der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Preußen ist der Abgeordnete Rechtsanwalt Freister. Dieser Abgeordnete, dessen Name stets mit dem schmutzigen Antrag gegen die Ehre der Frau des ehemaligen Bizepolizeipräsidenten Weich besetzt bleiben wird, ist der Vorsitzende des Rechts-Untersuchungsausschusses im Preussischen Landtag, des sogenannten Jarow-Ausschusses. In dieser Eigenschaft hat sich Herr Freister jetzt einen Willkürakt geleistet, der auch in der parlamentarischen Geschichte der Nationalsozialisten seinesgleichen sucht.

Herr Freister hat den Ausschuss für den 2. und 3. September nach Beuthen einberufen, damit er sich dort an Ort und Stelle mit dem Todesurteil des Beuthener Sondergerichts befassen soll. Mit der den Nationalsozialisten eigenen Unverschämtheit geht sich Herr Freister über alle verfassungsmäßigen und geschäftsmäßigen Schranken, die dieser Einberufung entgegenstehen, hinweg.

Wie die übrigen Fachauschüsse, erhält auch der Jarow-Ausschuss seine Aufgaben vom Landtagsplenum überwiesen. Er hat sich mit bereits abgeschlossenen Justizfällen, für die eine Landtagsmehrheit eine Untersuchung als notwendig erachtet, zu befassen.

Freister kommt es aber gar nicht darauf an, unter Umständen auch in ein noch schwebendes Verfahren einzugreifen. In der Sitzung des Preussischen Landtages vom 27. Mai dieses Jahres verlangte der „Volkjurist“ Freister, daß der Landtag ohne jede Sachkenntnis nur auf ein von ihm verlesenes Telegramm hin zwischen den Anträgen des Staatsanwalts und der Urteilsfällung des Schwurgerichts in der Hülswagener Worbtsache eingreifen solle. Dieser würdige „Rechtsvertreter“ erklärte damals mit überlaufener Patheist, daß sieben der Staatsanwalt Justizhausstrafen von 7 bis 9 Jahren gegen „gänzlich unschuldige Nationalsozialisten“ beantragt habe, die nur „in Notwehr gehandelt“ hätten. Auf diese Angaben hin, die bereits 24 Stunden später durch das Gerichtsprotokoll glatt widerlegt wurden, sollte der Landtag durch eine Demonstration einen Druck auf das Schwurgericht vor der Urteilsverkündung ausüben.

Man braucht sich nicht auszumalen, was nach diesem schönen Zustakt ein zur Gewohnheit werdendes Eingreifen der Nationalsozialisten in schwebende Verfahren für Folgen in der Rechtsprechung nach sich ziehen müßte. Es würden dann nur noch Urteile gefällt werden, bei denen es nach dem Patentvorbehalt des nationalsozialistischen Oberstaatsanwalts von Steinacker nur auf die Gewinnung und nicht auf die Tat ankommt.

Übrigens sind wir neugierig zu erfahren, wer von den Ausschussmitgliedern ohne Beschluß des Ausschusses dem Ruf nach Beuthen Folge leisten würde!

## Bayern für die Verfassung.

Heid hat es Papen und Gahl verdeutlicht.

München, 24. August.

Die bayerische amtliche Pressestelle teilt mit:

Ministerpräsident Dr. Heid hatte in Berlin eine Aussprache mit Mitgliedern des Reichskabinetts über die Frage der Reichsreform. Die Aussprache war veranlaßt durch die Rede des Reichsinnenministers auf der Verfassungsfest 1932, worin die Reichsregierung ihren Entschluß ankündigte, alsbald eine Verfassungs- und Reichsreform in Angriff zu nehmen.

Die Forderungen Bayerns verlangen vor allem, daß eine Neuordnung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse nur auf dem unbefestigten Boden des Rechts angebahnt wird.

Die „Bayerische Staatszeitung“ berichtet Einzelheiten der Unterredung. Danach hat Dr. Heid zum Thema Reichsreform, besonders zu den Bestrebungen nach Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen die Vorbehalte im einzelnen erläutert, die vom süddeutschen Standpunkt aus berücksichtigt werden müßten. Er hat nachdrücklich betont, daß die bayerische Staatsregierung keinesfalls irgendeiner Maßnahme zustimmen werde, die sich nicht streng im Rahmen der Reichsverfassung halte, und er hat ferner betont, Bayern könne im Reichsrat

an der Lösung des preussischen Problems nur unter der Voraussetzung aktiv mitwirken, daß die von Bayern für erforderlich gehaltenen verfassungsmäßigen Garantien für die süddeutschen Länder in vollem Umfange geschaffen werden.

Die Anschauungen der bayerischen Staatsregierung seien in einer vertraulichen Denkschrift zusammengefaßt, die dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister überreicht und auch den anderen süddeutschen Regierungen sowie der sächsischen Regierung von München aus unmittelbar zugestellt worden ist.

Der bayerische Ministerpräsident habe schließlich keinen Zweifel daran gelassen, daß die bayerische Regierung sich auch in bezug auf den Reichstag nicht in der Lage sehen werde, irgendeiner Maßnahme, die mit der Verfassung nicht in Einklang stehen sollte, ihre positive Zustimmung zu geben.

## Gorguloff irrsinnig.

Die Gerichtsärzte gegen Hinrichtung.

Paris, 24. August. (Eigenbericht.)

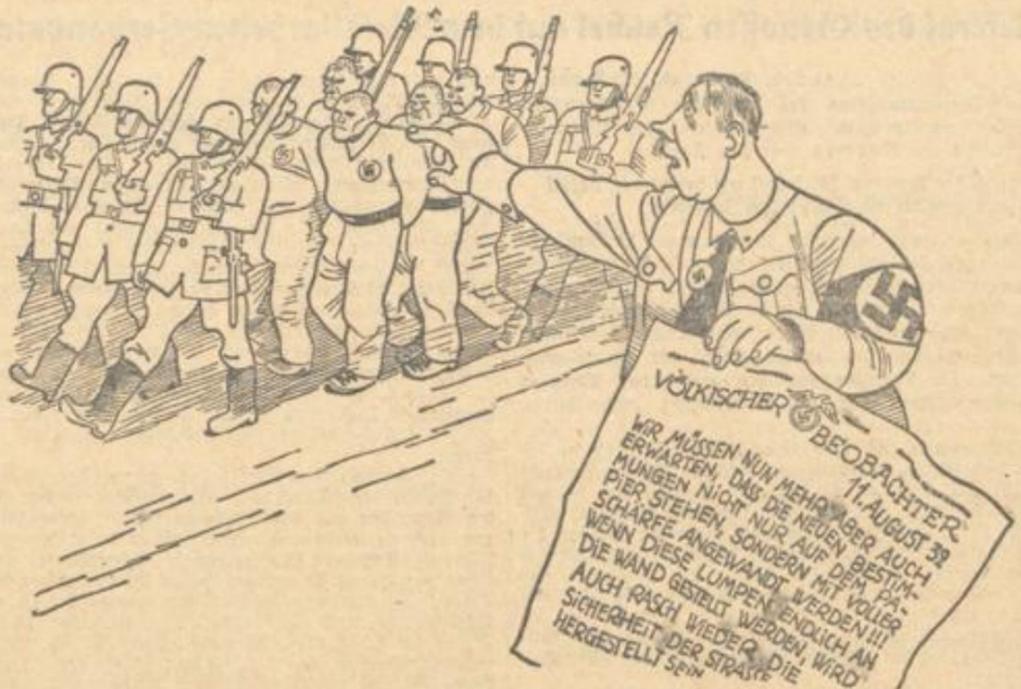
Die Gattin des Präsidentenmörders Gorguloff hat in einem Antrag an den Justizminister die Revision des Prozesses gefordert unter der Begründung, daß Gorguloff im Gefängnis inzwischen vollkommen irrsinnig geworden sei. Die französische Liga für Menschenrechte verlangt in einer Eingabe an den Präsidenten der Republik die Begnadigung des Mörders aus dem gleichen Grunde. Die drei Ärzte, die im Prozeß zum großen Teil noch die volle Verantwortlichkeit des Mörders betonten, haben in einem Schreiben an den Verteidiger Gorguloffs erklärt, der Geisteszustand des Mörders habe sich in der Haft so verschlimmert, daß man von vollständigem Wahnsinn sprechen könne. Zwei dieser Ärzte betonen, vor ihrem Gewissen nicht verantwortlich zu können, wenn Gorguloff trotzdem hingerichtet würde.

Unter Spionagebeschuldigung verhaftet wurden in Konstanza (Rumänien) zwei Matrosen des deutschen Dampfers „Körnber“, der vor zwei Tagen aus Odessa nach Konstanza gekommen ist.

Wohlfahrt nach Wien. Das Wiener Volksblatt berichtet, daß der Ministerrat beschlossen hat, Hitler die Einreisebewilligung für den 27. und 28. September zum Parteitag zu erteilen.

Der Boykottaufruf gegen Danzig ist entsprechend dem neuen Danzig-Polen-Abkommen vom polnischen Weltmarkenverein zurückgezogen worden.

# Ja, Hitler, das ist was anders!



„Halt! Halt! — So war das nicht gemeint!“

# Wirtschaftliche Katastrophenpolitik?

Zum Personenwechsel im Reichswirtschaftsministerium.

In den Aemtern des Reichswirtschaftsministeriums sind Veränderungen erfolgt, die von höchster wirtschaftspolitischer Bedeutung zu sein scheinen.

Der bisherige Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt erklärt und ist verabschiedet. Sein Nachfolger ist ernannt. Es ist Geheimrat Schwarzkopf, Direktor der Landesbank in Kassel, im alten System Regierungsrat im Reichsfinanzministerium. In Trendelenburg ist die deutsche Handels- und Wirtschaftspolitik vor der Durchsetzung der Autarkietendenzen verkörpert. Schwarzkopf war der persönliche Referent des deutschen nationalen Kriegsfinanzministeriums Dr. Hefferich. Schwarzkopf dürfte auch heute der Deutschnationalen Partei noch angehören.

Weiter Zurückgetreten ist ebenfalls Ministerialdirektor Josten, der Leiter der Kartellstelle im Reichswirtschaftsministerium und Referent auch für schwerindustrielle Kartellpreistragen und entsprechende Untersuchungen bei den Eisen- und Kohlenverbänden. Daß Ministerialdirektor Dr. Paffe, bisher verantwortlicher Leiter der deutschen Handelspolitik und Vertreter Deutschlands bei allen wichtigen internationalen Wirtschaftskonferenzen und bei allen Handelsvertragsverhandlungen, aus seinem Amte ausscheiden will, wird behauptet und scheint nicht unwahrscheinlich. Der jetzige Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat diese aus dem Reichswirtschaftsministerium ausscheidenden

Exponenten der bisherigen wirtschafts- und handelspolitischen Tradition

jedenfalls auch nicht halten wollen. Das sind Tatsachen.

Ueber die Gründe dieses Personalwechsels liegen keinerlei amtliche Erklärungen vor. Anscheinend offiziös berichtet die „Telegraphen-Union“, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Minister und seinem Staatssekretär bestanden haben, die aber nicht die Richtung der in der Wirtschaftspolitik zu beschreitenden Wege, sondern nur das Ausmaß und das Tempo der beabsichtigten Maßnahmen betreffen. Autarkietendenzen würden nach wie vor im Reichswirtschaftsministerium abgelehnt.

Diese Erklärung belegt nicht viel, denn Autarkietendenzen werden auch bisher schon vom Reichswirtschaftsministerium zum Teil mitgemacht, und es genügt, daß Meinungsverschiedenheiten über Ausmaß und Tempo bestanden. Wir hören auch von Möglichkeiten einer persönlicher Gegensätze zwischen dem Minister und seinem ersten Gehilfen, doch gibt es hierfür keinerlei Kontrolle.

Die meisten Zeichen sprechen aber dafür, daß in dem durchgeführten Personalwechsel ein

Systemwechsel in den Grundlinien der Wirtschaftspolitik

sich ausprägt. Trendelenburgs Rücktritt, Jostens Abgang und Paffes Amtsmöglichkeit treffen mit der Tatsache zusammen, daß Reichskanzler von Papen am Sonntag auf einer agrarischen Tagung in Münster sein Wirtschaftsprogramm bekanntgeben will. Das ist kein Zufall. Von diesem Programm wird gesagt, daß es die Förderung der Landwirtschaft bis zur entscheidenden Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Binnenmarkt-orientierung vorsieht. Es wird weiter gesagt, daß zugunsten der Landwirtschaft auch generelle Zinsentzugsmaßnahmen geplant seien, wie sie vom Reichslandbund und auch vom Deutschen Landwirtschaftsrat verlangt worden sind und in der Linie der Politik Hugenberg's liegen.

Vom Reichswirtschaftsminister Warmbold ist bekannt, daß er kein starker Mann ist und seine engen Bindungen an die Landwirtschaft (Stückstoffhandel und Stückstoffindustrie) in seiner Tätigkeit nie verleugnen konnte. Daß in dieser Richtung liegende Wünsche der Schwerindustrie und der Großchemie in der Kartellstelle des Reichswirtschaftsministeriums einen gewissen Widerstand gefunden hätten, halten wir für sicher. Warmbold wird den Anforderungen, die an ihn gestellt worden sind und die der Tradition des Reichswirtschaftsministeriums zumiderlaufen, kaum genügend Widerstand haben entgegensetzen können oder wollen. Wenn daher auch persönliche Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zur Erklärung der Rücktritte herangezogen werden, so haben diese persönlichen Differenzen eben ihre Ursache in sachlichen Differenzen.

Der Charakter der Streitfragen ist

für die zukünftige deutsche Wirtschaftsentwicklung

schlechthin lebenswichtig. Wenn die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik grundsätzlich bis zur vorwiegenden Binnenmarkt-orientierung geändert werden soll, wenn man an eine generelle

Zinsentzug im Interesse der Landwirtschaft ernsthaft denkt, dann steht für die deutsche Öffentlichkeit das Zeichen auf Großalarm. Daran würde auch dadurch nichts geändert, daß im Rahmen dieser Ziele gewisse planwirtschaftliche Tendenzen mit verfolgt werden würden. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt der Junter, schreibt zum Rücktritt Trendelenburgs: „Wir würden das Verschwinden dieses Staatssekretärs, der zuzeiten dank seines starken Rückhalts in der Industrie stärker als sein Chef sein dürfte (!), begrüßen als ein hoffnunggebendes Signal für eine neue nationale Handels- und Wirtschaftspolitik.“ Eine nachhaltige Förderung der deutschen Wirtschaft, die Heilung der gemeinsamen Not, könne nur von innen heraus, in erster Linie von der Landwirtschaft her, betrieben werden.“ Diese Begleitmusik ist deutlich genug.

Die gesamte verarbeitende Industrie, alle Politiker von Augenmaß und Charakter, fast die gesamte Wirtschaft

kämpfen gegen die Tendenzen,

die von der Regierung Papen offenbar verfolgt werden. In der Weltwirtschaft scheint sich ein Umschwung zum Besseren anzubahnen. Es ist eine Lebensfrage für Deutschland — es würde schon unendlich viel verfaßt in dieser Richtung —, den Anschluß an einen beginnenden weltwirtschaftlichen Umschwung gut vorbereitet zu suchen. Jede Arbeitsbeschaffung bleibt wahnwäh, wenn sie nicht dieser Vorbereitung des Anschlusses an eine weltwirtschaftliche Besserung dient. Wenn die Reichsregierung vollendete Tatsachen schaffen würde, mit denen der Kurs der bisherigen Wirtschafts- und Handelspolitik nicht nur ausnahmsweise, sondern ganz grundsätzlich verlassen wird, dann würde sie wirtschaftliche Katastrophenpolitik betreiben. Sie stößt sich heute bestenfalls auf die Deutschnationale Partei, d. h. auf ein knappes Fünftel des Reichstags. Gerade daraus sollte sie ihre Absichten, bevor Tatsachen geschaffen werden, mindestens zur öffentlichen Diskussion stellen!

## Sanjurjo vor Gericht.

Todesstrafe beantragt.

Madrid, 24. August.

Die Führer des jüngsten Monarchistenputsches standen heute vor ihren republikanischen Richtern. Der Hauptangeklagte, General Sanjurjo Sevilla, gab zu, den Aufstand schon vor länger als einem Monat beschlossen zu haben. Als Grund behauptete er fortgesetzte Verleumdungen des Herces, über die in allen spanischen Garnisonen, namentlich in Sevilla, starke Erregung geübert habe. Er habe bereits vor anderthalb Monaten beim Kriegsminister mündlich dagegen protestiert und ihm mitgeteilt, daß die Armeesich durch gewisse Äußerungen, die der Justizminister in einer öffentlichen Kundgebung getan hätte, beleidigt fühle. Von der Vorbereitung einer Revolutionsbewegung in Madrid habe er zufällig Kenntnis erhalten und sei daraufhin am 19. August in Begleitung seines Sohnes und Adjutanten abgereist. Sanjurjo leugnete jegliche Verbindung zwischen den Aufstandsbewegungen von Madrid und Sevilla. Er wollte auch über die Teilnehmer der Bewegung keine genauen Angaben machen können.

Der Generalsstaatsanwalt beantragte gegen General Sanjurjo die Todesstrafe und gegen die drei übrigen Angeklagten lebenslängliches Zuchthaus.

Die Verhandlung gegen General Sanjurjo und die übrigen drei Angeklagten verlief sehr ruhig. Der Staatsanwalt legte dar, daß sich die Angeklagten der vollendeten Militärrebellion schuldig gemacht hätten, für die das Strafgesetz nur die Todesstrafe kenne. Sanjurjos Verteidiger versuchte nachzuweisen, daß es sich nicht um eine vollendete Militärrebellion handele, da die Ereignisse ohne Blutvergießen abgelaufen seien. Es komme höchstens lebenslängliche Haft in Frage. Das Gerichtsgebäude wird außerordentlich stark bewacht.

In Sevilla sind neuerdings zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden, darunter des früheren liberalen Abgeordneten La Borbolla, der gegenwärtig der Radikalen Partei angehört.

## Neuer Offizierspuff rasch liquidiert!

„Information“ berichtet aus Madrid, daß in der Provinz Alava von Offizieren eine neue Aufstandsbewegung vorbereitet, jedoch im Keime ertötet worden sei. Unter den Betroffenen soll sich der jüngste Sohn Primo de Rivera, ein Fliegerhauptmann, befinden.



# Die Toten an die Lebenden: Die Niobe-Katastrophe muß geklärt werden.

Die Befragung für die Opfer des „Niobe“-Unglücks ist beendet. Das Schiff ist gehoben, besichtigt, untersucht. Nun hat die Öffentlichkeit das Recht und die Pflicht, Antwort zu verlangen auf die entscheidende Frage: War die Katastrophe wirklich unvermeidbar, also höhere Gewalt? Oder wäre sie bei größerer Seemannischer Kenntnis und größerer Seemannischer Vorsicht zu vermeiden gewesen?

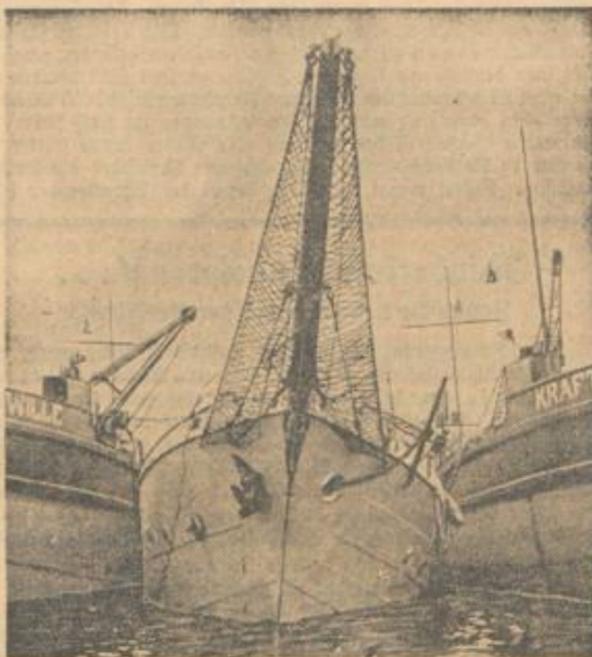
Die Einzelheiten zur Beurteilung dieser Frage sind bisher der Öffentlichkeit nicht unterbreitet worden. Es ist höchste Zeit, daß dies jetzt geschieht. Denn nach dem dürftigen Material, das bisher über den Verlauf der Katastrophe veröffentlicht worden ist, wäre es mindestens möglich, daß Unkenntnis oder falscher „Schneid“ die Schuld an dem Tode so vieler junger Menschen trägt. Kein Führer eines Segelschiffes, dem nicht nur sein Leben, sondern auch das seiner Mannschaft anvertraut ist, kann sich darauf herausreden, daß er die tatsächliche Gewalt einer Gewitterbö vorher unterschätzt habe. Die Stärke einer Gewitterbö ist nur in den seltensten Fällen mit einiger Sicherheit im voraus abzuschätzen, es ist vielmehr fast stets mit der Möglichkeit eines orkanartigen, durch seine Wüchsigkeit doppelt gefährlichen Windstoßes zu rechnen. Mit Recht wird deshalb jedem jungen Segler eingeschärft, daß er bei aufziehender Gewitterwand entweder Segel zu bergen und vor Anker zu gehen hat oder bei größerem Vertrauen in die eigene Kraft wenigstens Sturmsegel zu setzen hat oder daß er, wenn er sich zu beidem etwa im Rennen nicht entschließen kann, mindestens die gesamte Mannschaft an Deck und nach Vorn zu beordern hat.

Eine „Wetterkatastrophe“, von der vorgestern der Chef der Marine gesprochen hat, und „höhere Gewalt“, gegen die seegrische und seemannische Kunst ohnmächtig ist, kann nur in zwei Fällen anerkannt werden: wenn ein Schiff unter Vollzeug ohne jedes vorherige Anzeichen plötzlich von einer Bö oder Windhose gepackt wird, der es unter Vollzeug nicht gewachsen ist, oder wenn eine sich vorher ankündigende Bö so stark wird, daß das Schiff weder unter Sturmsegeln noch beiliegend (also z. B. unter halber Motorleistung dem Wind entgegen auf der Stelle treten) sie abzuwehren vermag. Möglich, daß bei dem „Niobe“-Unglück einer dieser beiden Fälle vorlag — aus den bisherigen Veröffentlichungen geht es aber jedenfalls nicht hervor. Und deshalb sollte die Marineleitung im allerersten Interesse sofort eine detaillierte Darstellung der Katastrophe, ihrer Ursachen und insbesondere der zu ihrer Abwehr getroffenen Maßnahmen geben.

Für den Seemann zerfällt die Totalfrage nach der Vermeidbarkeit des Unglücks, also nach der Schuld der Führung am Unglück, in eine Reihe von Einzelfragen, die bisher noch nicht oder wenigstens noch nicht mit genügender Klarheit beantwortet sind:

1. Welche Zeit lag zwischen dem Aufziehen des Gewitters und dem Einsetzen der Bö?
2. Welche Segel wurden während dieser Zeit geborgen? Welche standen noch beim Einsetzen der Bö? Gereift oder unge-reift?
3. Für welche Windstärke war diese Befelgung geeignet?
4. Wie war der Kurs des Schiffes vor der Bö?

5. Wurde durch rechtzeitige Kursänderung dem zu erwartenden Raumen (breiteren Einfallen) der Bö, das dem Führer aus Theorie und Praxis bekannt sein mußte, Rechnung getragen? Oder fiel die Bö dwars (quer) ein?
6. Gab der Führer nach dem Einfallen der Bö das Kommando zum Luvén oder zum Abfallen?
7. Warum war bei der zu erwartenden schweren Gewitterbö nicht die gesamte Mannschaft an Deck?
8. Waren nicht nur die Niedergänge, sondern auch die Luken geöffnet?



Die gehobene „Niobe“ zwischen den Hebeschiffen.

Wir wiederholen: die Öffentlichkeit hat ein Recht, Antwort auf diese Fragen zu verlangen, damit sie sich selbst ein Urteil darüber bilden kann, ob die Katastrophe vermeidbar war oder nicht, ob insbesondere alle Vorsichtsmaßnahmen, zu denen ein verantwortungsbewußter Seemann und Kapitän beim Annahen einer in ihrer Stärke nicht abzuschätzenden Gewitterbö verpflichtet ist, rechtzeitig getroffen waren oder nicht. Es wird damit zugleich die weitere Frage beantwortet werden, ob die Auswahl und die seegrische und seemannische Ausbildung der Offiziere, denen die Führung eines Schulschiffes anvertraut wird, in der deutschen Marine ausreichend ist oder nicht.

## Landkreise an Reichsregierung. Unzureichende Entlastung durch die Notverordnung.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Dr. von Stempel, wurde bei der Reichsregierung vorstellig, um über die Auswirkungen der letzten Notverordnung in den Landkreisen hinzuweisen. Er betonte dabei die Gefahren, die für die Finanzen der Landkreise dadurch entstehen, daß die Notverordnung nicht die Entlastung gebracht habe, die man von ihr erhoffte.

Entgegen der in der Öffentlichkeit und auch in den maßgebenden Regierungskreisen vertretenen Auffassung, daß die Wohlfahrts-hilfsverordnung vom 14. Juni 1932 den Landkreisen den Ausgleich ihrer Haushalte in neuem Umfang ermöglicht habe, muß der Landkreistag an Hand zahlreicher Berichte aus allen Teilen Deutschlands feststellen, daß die Finanzentlastung der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände durch die Juni-Notverordnung völlig unzureichend ist. Die durch die Wohlfahrtsverbandslosenfürsorge besonders stark belasteten Landkreise bedürfen dringend weiterer Hilfe. Darüber hinaus muß durch Erhöhung der Reichsmittel und Umlagerung des Verteilungsschlüssels denjenigen Landkreisen geholfen werden, die — wie z. B. in Preußen durch die Uebertragung des Gemeindeanteils an die Krisenfürsorge — entgegen den Absichten der Reichsregierung eine erhöhte, über die Reichsbudgetationen vielfach hinausgehende, neue finanzielle Belastung erfahren haben. Hinzu kommt, daß die Zahl der Wohlfahrtsverbandslosen in den Landkreisen, und zwar auch in rein ländlichen Gebieten selbst in den Sommermonaten, in denen man mit Rücksicht auf die Erntearbeiten einen Rückgang der unterstützten Zahl erhofft hatte, weiter stark zugenommen hat.

## Belgische und französische Schüler in Berlin.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat, trotz der politischen Schwierigkeiten, es ermöglicht, daß auch in diesem Jahre der Austausch deutscher, belgischer und französischer Schüler durchgeführt worden ist. Insgesamt wurden 120 deutsche Schüler nach Belgien und Frankreich geschickt und es kamen etwa die gleiche Anzahl Belgier und Franzosen nach Deutschland zurück.

In Berlin, wo sich 60 Belgier und Franzosen befinden, hat

man die Möglichkeit gehabt, den Schülern öffentliche Einrichtungen und Sehenswürdigkeiten zu zeigen. Als Abschlussveranstaltung findet in der Karl-Marx-Schule eine Aufführung eines kleinen Theaterstückes statt, das von einer jungen Vorkämpferin für den Frieden verfaßt und von jungen Austauschschülern selbst gespielt wird. Das Orchester der Karl-Marx-Schule wird ebenfalls mitwirken und Oberstudienrat Karfen wird in dieser, am Sonnabend, dem 27. August, stattfindenden Veranstaltung die jungen Schüler begrüßen.

## Gefängnisurteil gegen die Tänzerin.

Marianne Winkelstern soll 5000 Mark Buße zahlen.

Die Verkehrsabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte verurteilte die Tänzerin Marianne Winkelstern wegen fahrlässiger Tötung des Ingenieurs Rudloff zu drei Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens. Gleichzeitig wurde jedoch der Angeklagten eine Bewährungsfrist von drei Jahren gegen eine Buße von 5000 Mark an die Staatskasse bewilligt.

Das Gericht stellte fest, daß die Geschwindigkeit der Angeklagten erheblich höher als 40 Kilometer gewesen sein müsse. Mit dieser Geschwindigkeit durch eine belebte Straße und sogar über eine Kreuzung zu fahren, bedeute schon an sich eine Fahrlässigkeit. Besonders verpflichtet, ihre Geschwindigkeit herabzumindern, sei die Angeklagte gewesen, als sie gesehen habe, daß Fußgänger den Fahrdamm überschritten. Notwendig wäre zur Vermeidung eines solchen traurigen Unglücksfalles eine Schrittgeschwindigkeit gewesen, denn Autofahrer müßten sich immer bewußt sein, daß sie sich in einem für Passanten gefährlichen Werk-zeug auf der Straße bewegen. Trotz aller Milderungsgründe hätte das Gericht eine Freiheitsstrafe verhängen müssen, da bei einem Vergehen, bei dem ein Menschenleben zu Tode kommt, eine Geldstrafe nicht den Strafzweck erfüllen würde.

Staatlicher Rattenjäger. Die thüringische Regierung stellte einen Rattenjäger staatlich an, da er sich durch besonders tüchtige Leistungen ausgezeichnet hatte: es war ihm gelungen, in kurzer Zeit mehr als 10 000 Bissmatten zu fangen und zu töten.

## Die Europassieger in Paris.

Weitere Landungen. Massot ausgeschloffen.

Paris, 24. August.

Von den Teilnehmern am Europarundflug trafen am Mittwoch der Deutsche Hirth um 10.36 Uhr und der Tscheche Kleps um 10.23 Uhr in Orly ein. In der Gesamtwertung liegen die beiden Polen Jwirklo und Karpinski an erster und zweiter Stelle. Ihnen folgen Poh an dritter, der Schweizer Fretz an vierter, Hirth an fünfter, Junk an sechster und Morzil an siebenter Stelle. Der Sportausschuß des Aeroklubs von Frankreich hat den Europassieger Massot wegen seines unsportlichen Verhaltens für die Dauer von drei Jahren ausgeschloffen.

Am Laufe des Mittwochnachmittag trafen auf dem Flughafen Orly der Pole Giedgowd um 13.15 Uhr, Stein um 13.18, Tuno um 14.49 Uhr, Osterkamp um 15.11 Uhr, Anderle um 16.08 und Pasewaldt um 16.11 Uhr ein. Das schlechte Wetter, das zwischen Lyon und Stuttgart herrscht, hat eine Reihe der Teilnehmer am Weiterflug gehindert. Die polnische Maschine O 1, die in Lyon aufgegeben hatte, ist in direktem Flug wohlbehalten in Orly eingetroffen. Ein Schaden am Fahrge-stell hat den Führer veranlaßt, auf die weitere Teilnahme zu verzichten.

## Änderungen in der Staatslotterie.

Anzahl der Lose um 300 000 herabgesetzt.

Seit einiger Zeit macht sich in der Preussisch-Süddeutschen Staatslotterie bemerkbar, daß ein bedeutend geringere Anzahl Lose als früher abgesetzt werden. Während bis zum Jahre 1930 bei jeder Ziehung die volle Zahl der Lose — 800 000 Stück — abgesetzt werden konnte, ging der Verkauf seit 1931 ständig zurück, so daß bei der letzten Ziehung über 300 000 Lose unverkauft blieben. Die Verwaltung der Staatslotterie hat sich aus diesem Grunde entschlossen, eine wesentliche Herabsetzung der Losanzahl vorzunehmen. Die Anzahl der Lose wird auf 500 000 herabgesetzt, das entspricht übrigens etwa der Zahl vor dem Kriege. Zu einer Herabsetzung des Lospreises konnte man sich allerdings nicht entschließen, trotzdem man sich in interessierten Kreisen gerade davon einen besseren Absatz versprach. Die Staatslotterie glaubt jedoch, daß die Herabsetzung des Lospreises, die eine wesentliche Verminderung der Gewinnchance mit sich bringen müßte, keinen größeren Anreiz bedeuten würde und die Nachteile für alle Beteiligten die Vorteile bei weitem überwiegen würden. In Zukunft wird allerdings, da 300 000 Lose wegfallen, nicht mehr in zwei Abteilungen gespielt werden, sondern nur noch in einer. Der Gewinnplan bleibt im Prinzip derselbe, der Prozentsatz der Gewinne zu den Lose wird sich nicht verändern. Vor allem hofft man mit dieser Maßnahme, die zum ersten Male bei der 41. Ziehung in Kraft treten wird, die sogenannten Lagergewinne zu beseitigen. Diese Gewinne auf unverkaufte Lose, die also der Staatslotterie selber zufallen, haben sehr zur Verärgerung des Publikums beigetragen. Sie sind jedoch bei dem bestehenden System der Lotterie unvermeidlich, sobald Lose unverkauft bleiben. Nach der Einführung des neuen Planes hofft man, wieder alle Lose abzusetzen und so auch alle Gewinne dem Publikum zuzuführen.

## Ermissions-Tragödien.

Widerstand gegen Gerichtsvollzieher und Polizei.

Dem Schnellgericht wurde gestern der Erwerbslose Oskar G. vorgeführt, der als Anführer einer Demonstration zur Verhinderung einer Ermission von der Polizei festgenommen worden war. Am Sonnabend vergangener Woche sollte in der Moskauer Straße 40 ein Mieter zwangsweise vom Gerichtsvollzieher aus seiner Wohnung entfernt werden, weil er längere Zeit mit der Miete im Rückstand war. Der Angeklagte hielt auf den Höfen der benachbarten Häuser Ansprachen, in denen er die Bewohner aufforderte, sofort herunterzukommen und die Ermission unmöglich zu machen. Tatsächlich sammelte sich auch eine große Menge an, so daß der Gerichtsvollzieher und die wenigen anwesenden Polizeibeamten zunächst machtlos waren und die Amtshandlung nicht durchführen konnten. Der Angeklagte wurde wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt trotz seiner bisherigen Unbestraftheit zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Gestern Nachmittag ereignete sich in der Bergstraße 56 in Neudölln ein ähnlicher Fall. Dort sollte ein Mieter ermittelt werden, worauf sich von dem benachbarten Arbeitsnachweis eine größere Gruppe Arbeitsloser nach der Wohnung begab, um die Ermission zu verhindern. Als das herbeigerufene Ueberfallkommando die Ansammlung zerstreut hatte, konnte der Gerichtsvollzieher seines traurigen Amtes waltend.

## Autobusunglück in Tirol.

Ein Toter, zwanzig Verletzte.

Jansbrunn, 24. August.

Auf der Reichenbachstraße bei Mals ereignete sich ein schweres Autobusunglück, das ein Menschenleben und 20 Verletzte forderte. Ein Württemberger Autobus aus Ravensburg mit 21 Fahrgästen kam über den Reichenbach-Paß gefahren, um noch vor Abend Meran zu erreichen. Auf der jäh abfallenden Strecke bei Sankt Valentin auf der Heide bemerkte der Wagenführer, daß die Bremse versagte. Kaltblütig lenkte er den schweren Wagen gegen einen Alleebaum, in der Hoffnung, dieses Hindernis werde den unvermeidbaren Sturz über die Straßensböschung aufhalten. Der Autobus knickte den starken Baum um und stürzte dann am Straßentrand um. Alle Fahrgäste wurden herausgeschleudert. Einige kamen unter das Auto zu liegen. Wie durch ein Wunder blieb der Chauffeur unversehrt. Vier der am schwersten verletzten Personen mußten in das Spital nach Mals eingeliefert

**TELEFUNKEN senkt die Preise**

der wichtigsten Röhren für Rundfunkempfang (Schirmgitterröhren u. Pentoden) u.a. die RENS 1204 von Rm. 16.20 auf Rm. 15.-

werden. Dort ist der 21 Jahre alte Paul Schmid aus Ravensburg gestorben. Die übrigen drei Schwerverletzten befinden sich in Lebensgefahr. Jene weitere Schwerverletzte kamen in das Krankenhaus nach Meran, die übrigen sieben Personen wurden mit nur leichten Verletzungen nach Bozen gebracht.

## Vorschriftsmäßiges Badezeug

### Was Verkäufer und Käufer sagen.

Die Zwischenspiele übereifriger Sittlichkeitsapostel in Uniform, die in den letzten Tagen bekannt geworden sind, haben weder Bade- noch Kaufhaus des badeschuldigen Berliners gehindert. Eine Umfrage in den einschlägigen Geschäften hatte übereinstimmend das Ergebnis, daß der Verkauf an Badeanzügen in der bisherigen Verarbeitung keineswegs aufgehört hat. Im stillen mag sich ja vielleicht mancher Verkäufer von Badeanzügen die Hände reiben, daß ihn der SOS-Ruf der bedrohten öffentlichen Moral erst am Saisonende erreichte. Wer weiß, wie sich die Brandische Badezensur zwei Monate früher ausgewirkt hätte. Vielleicht hätten sich damals verschiedene Fabrikanten verpflichtet gefühlt, dem Preussischen Ministerium des Innern vorschriftsmäßige Muster zur gefälligen Prüfung vorzulegen und die Kundenfirmen dürften die Kleinaufträge an vorschriftswidrigen Badezeug wohl bezahlet, die Ware selbst jedoch sauer einlegen. So kam man noch mit heller Haut davon. Nur die Aufträge für das nächste Jahr, die auf Grund der vorgelegten Muster bereits jetzt getätigt werden, muß man stoppen.

Inzwischen zerbrechen sich Erzeuger, Verkäufer und Käufer den Kopf darüber, was man denn eigentlich unter einem „anstößigen Badeanzug“ versteht; einzig und allein die Dreieck-Badehose sieht sich als ein allzu lustiges Bekleidungsstück bezeichnen, doch dämmerte diese Erkenntnis nicht etwa erst mit den augenblicklichen Jenseitigkeiten. Als Beispiel dafür mag dienen, daß das Strandbad Wannsee in seiner mehrfach angelegenen Hausordnung schon von jeher das Baden mit Dreieck-Hosen verbietet. Daß die Badeverwaltung bei einer Besucherzahl von 30—40 000 Menschen nun nicht jeden einzelnen auf diese vorschriftswidrige Bekleidung untersuchen kann, liegt klar auf der Hand. Ein derartiges Verbot kann immer nur ein allgemeines sein, doch ist die Badeverwaltung damit der Öffentlichkeit gegenüber ihrer Verpflichtung auf Wahrung des Anstandes nachgekommen. Als Direktor Claus vom Strandbad Wannsee weiter erklärt, wurde in seinem Badebetrieb schon immer auf Ordnung und Sitte gehalten. Jeder Angestellte des Bades ist ermächtigt, Personen in fragwürdiger Bekleidung zurechtzuweisen und auf Abstellung des Uebelstandes zu bestehen.

Die Badezensur ist naturgemäß das Thema des Badestrandes. Jeder hofft, daß Vernunft bei den maßgebenden Stellen die Oberhand behält und nicht die heilkräftige Wirkung des Badens und Sonnens durch eine kurzfristige, ganz unzeitgemäße Morasschnüffel aufgehoben wird.

## Schlechte Verkehrsverhältnisse.

Vor geraumer Zeit hat sich der „Vorwärts“ schon einmal die Beschwerden von Interessenten zu eigen gemacht, daß die Verkehrsverhältnisse auf den Straßenbahnlinien 95 und 98 nach Baumgartenweg unerträglich seien. Die seinerzeitige Bitte auf Abhilfe zeitigte auch teilweisen Erfolg. Wir haben uns aber jetzt auf erneute Beschwerde davon überzeugen müssen, daß auch der nun vermehrte Straßenbahnverkehr im Hochsommer nicht ausreicht, weil diese beiden Linien in der Hauptsache von Babelustigen der östlichen Freibäder benutzt werden. Zu jeder Tageszeit sind alle Bahnen überfüllt. Abends und morgens müssen mehrere Bahnen vorbeigelassen werden, weil nicht einmal auf den Leitbrettern mehr Platz ist. Muß das sein? Es wäre zu wünschen, daß die BVG, auch diesem Saisongeschäft Rechnung trägt und für eine gute Beförderung der babelustigen Berliner Sorge trägt.

Auch den Verkehr auf der Linie 3 (Großer Ring), die stets ohne Anhänger fährt und deshalb zu jeder Tageszeit überfüllt ist, könnte die BVG, einer geneigten Prüfung unterziehen.

## Knut Hamsun

# Frauensieg.

(Schluß.)

Ich war um zehn Dollars reicher; Gott sei Dank, es gab doch auch glückliche Tage im Leben! Den ganzen Winter über hatte ich mich über Brust und Rücken mit einer Schicht Zerkungen wariert gegen den schneidenden Wind; bei jeder Bewegung knarrte ich in der unangenehmsten Weise, und die Kameraden hatten ihren Spaß mit mir. Nun sollte es unter anderem zu einer Pelzweste von wunderbarer Dichte reichen! Wenn dann die Kameraden das nächste Mal kämen und sich an mich heranmachten, um zu hören, wie ich knarrte, so würde ich es nicht dusden...

Ich machte zwei, ich machte drei Touren zur Stadt; nichts geschieht. Als ich eben vom vierten Male von der Cottagestation abfahren wollte, stieg eine junge Dame auf und nahm Platz in The grip. Sie trug ein braunes Pelzstück. Als ich zu ihr nach vorn kam und ihre Zahlung in Empfang nahm, sah sie mich mit dem ganzen Gesicht an. Sie war sehr jung und schön, die Augen tief unschuldig und blau. Nimmst du, es steht Ihnen ein großer Schrecken bevor, dachte ich; aber Sie haben gewiß einen kleinen Fehltritt begangen, und nun sollen Sie Ihre Strafe haben. Jedenfalls werde ich Sie mit Wonne behutsam in die Apotheke tragen.

Wir rollten der Stadt zu. Von meiner Plattform bemerkte ich, daß der Führer plötzlich mit der Dame zu sprechen begann. Was konnte er ihr zu sagen haben? Es war ihm außerdem nicht gestattet, sich während des Dienstes mit den Passagieren zu unterhalten. Zu meiner großen Verwunderung sah ich, daß die Dame sich sogar einen Platz näher an den Führer heransetzt, und da steht er nun an seiner Maschine und hört gespannt zu, was sie sagt.

Weiter rollen wir in die Stadt hinein, halten an und lassen Leute einsteigen, halten an und lassen Leute ab, alles geht seinen Gang. Wir nähern uns der Monroestraße. Ich denke bei mir: der eigentümliche junge Mann hat sich seine Stelle klug ausgesucht, die Monroestraße ist eine stille Gasse, wo man ihn kaum stören wird beim Hinabsteigen in den Schacht. Und ich denke weiter, daß ich dann und wann die Leute der Straßenbahngesellschaft in diesen Schächten habe stehen und ausbessern sehen, was da unten in Unordnung geraten sein mochte. Aber sollte es einmal einem Arbeiter einfallen, in dem Loch stehen zu bleiben, wenn der Zug darüber fuhr, er würde schlecht und recht um mehrere Zoll kürzer werden; die Gabel, die von The grip aus zu dem Kabel hinabführte,

# Der unruhige Fleischmarkt.

## Weiter hohe Kleinhandelspreise trotz sinkender Viehpreise.

Für den kommenden Herbst stehen in Berlin eine ganze Reihe großer Lohnbewegungen bevor. Die Unternehmer machen sich weiter die riesige Erwerbslosigkeit zunutze und verlangen abermals außerordentliche Senkungen der Lohnkosten. Aber in allen Gewerkschaftsversammlungen betonen die Arbeiter, daß bereits jetzt schon der Druck auf die Lebenshaltung unerträglich geworden ist. Denn den geringen Preisnachlässen für Brot und Kartoffeln sieht in Berlin die empfindliche Fleischsteuerung gegenüber. Es kommt hinzu, daß auch am Gemüsemarkt in absehbarer Zeit die Tage der Fülle vorüber sein werden, so daß die Zubereitung eines preiswerten Mittagbrots für die Masse der Groß-Berliner Hausfrauen immer schwieriger wird.

Ende Juli setzte die Fleischsteuerung ein. In bedenklichem Umfange ließen plötzlich die Zufuhren an den Schlachtohmärkten nach, die Preise zogen sprunghaft an und im Kleinhandel hatten Anfang August die Preise für die marktgängigen Fleischsorten überall den Stand von 1 Mark erreicht oder beträchtlich überschritten. Innerhalb knapper vierzehn Tage waren den Hausfrauen Preissteigerungen von 20 bis 30 Prozent aufgebürdet worden. Wie stark der Auftrieb von Schweinen zu den Schlachtohmärkten gesunken war, erweist man deutlich aus folgenden Zahlen: im Juli 1932 wurden auf den etwa 39 bedeutendsten Schlachtohmärkten nur 350 000 Schweine aufgefleiert gegenüber noch 444 000 Schweinen im Juli 1931. In den letzten Wochen hat der Auftrieb aber wieder etwas stärker geworden, da die Landwirtschaft den günstigen Preisstand auszunutzen versuchte. Sofort warni daher ein Organ der Agrarier vor allzu

großer Beseitigung der Märkte, indem es schreibt: „Die Landwirte sollten daher den Markt nicht plötzlich mit Schweinen übersättigen, ohne, wie schon früher betont, zu lange mit den schlachtreifen Tieren zurückzuhalten.“

Trotz dieser Warnung sind aber inzwischen die Schlachtohmärkte gesunken. Schweine der Klasse C (vollfleischige Tiere von 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht) kosteten pro Zentner Anfang August noch 47 M. Mitte August jedoch nur noch 44 M. und Ende August sogar nur noch 43 M., also ein Rückgang um beinahe 10 Proz. Ebenso hat sich bei den Schafen der Klasse B (ältere Mastämmer, mittlere Mastämmer und gut genährte Schafe) der hohe Preisstand vom Anfang August nicht gehalten, von 32 M. pro Zentner sind die Preise hier auf 29 M. zurückgegangen, also auch etwa um 10 Proz. Das gleiche ist bei Ochsen und Kühen zu verzeichnen, nur die Kühe konnten weiter im Preise anziehen.

Man sollte annehmen, daß diese rückläufigen Viehpreise sich nach einiger Zeit auch dem Kleinhandel mitteilen. Denn anziehende Viehpreise müssen bekanntlich die Berliner Hausfrauen bereits am nächsten Tage bei ihren Einkäufen im Fleischerladen mitbezahlen. Aber nach wie vor beharren die Kleinhandelspreise am Fleischmarkt ihren außerordentlich hohen Stand. Die beteiligten Kreise stehen erst noch einmal ein paar Wochen lang einen Sondergewinn ein und inzwischen spricht man bereits wieder von „energischen Maßnahmen am Viehmarkt“; die Viehpreise werden wieder steigen, nur von der Zeit der sinkenden Preise hat die Hausfrau wie immer nicht das geringste verspürt.

## Räuberkolonne gesprengt...

### Zahlreiche Überfälle vor der Aufklärung.

Vom Raubdezernat des Berliner Polizeipräsidenten wurde eine berüchtigte Räuberkolonne gesprengt, auf deren Konto zahlreiche Überfälle im Westen Berlins kommen. Die Kriminalkommissare Nebe und Dr. Katschinsky fielen heute morgen in die Wohnung der Männer ein und überraschten diese noch in den Betten. Sie wurden festgenommen und aufs Polizeipräsidium gebracht. Die drei Täter sind der 27 Jahre alte Georg Sommer, der 36 Jahre alte Arthur Luchke und der 24 Jahre alte Otto Stellermann, die in der Scharrenstraße in Charlottenburg Unterschlupf gefunden hatten.

Den drei Räubern werden verschiedene Überfälle zur Last gelegt, wie u. a. der Überfall, der sich in der Nacht zum 9. Juli im Brunswald auf ein Mädchen abspielte. Sie zwangen damals die beiden, ihr Auto zu verlassen, beraubten sie und fuhr mit dem Wagen davon. Weiter kommen sie in Frage für den Überfall auf die Tankstelle in der Kolonnenstraße 31a in Schöneberg und für den Überfall auf einen Kaufmann in der Fasanenstraße, der sich in der Nacht zum 10. Juli ereignete. Der vierte Überfall wurde von ihnen am 14. August kurz vor Mitternacht auf der Chaussee gleich hinter Danks-Toms-Hütte auf den 25 Jahre alten Heinz Bickard aus Friedenau ausgeführt, der mit seiner Braut auf einem Motorrad von einem Kussflug heimkehrte.

Die Bande hatte zu Freunden mit ihren „Erfolgen“ geprahlt und sich auch dadurch verraten. Bei einer Gegenüberstellung mit den Überfallenen wurden sie wiedererkannt.

Der Veranstaltung „Arbeitslose Künstler für die Berliner Erwerbslosen“ haben sich folgende namhafte Darsteller zur Verfügung gestellt: Helene Weigel, Julia Marlowe, Georg W. Ranker, Alexander Granach, Paul Bildt, Erich Weinert, Hans Weidt mit Tanzgruppe, Kollektiv erwerbsloser Schauspieler und viele andere. Diese Veranstaltung findet am 27. August um 16 Uhr im Garten von Schultze-Pagenhofer, Rajenstraße 22—31, Manns Gesellschaftshaus, Reinickendorfer-Platz, Hauptstr. 32, statt. Der Eintrittspreis beträgt nur

20 Pf. Karten bei Bothe u. Bock und an den Theaterkassen von Berthelm. Im Rahmen dieser Veranstaltung findet auch eine Verlosung statt.

## 220 000 preussische Schmetterlinge.

### Bayern braucht sie zu wissenschaftlichen Versuchen.

Bayern ist ja auch heute noch nicht — oder vielleicht heute weniger denn sonst — von Preußen entzückt. Aber plötzlich braucht es uns dringend. Richtig, das bayrische chemische Staatslaboratorium in München braucht preussische Schmetterlinge, und zwar 200 000 Kohlwesflinge und 20 000 Zitronenfalter zur Fortsetzung seiner wissenschaftlichen Forschungen über das Flügelpigment (Farbstoff). Da diese Schmetterlinge in so großer Anzahl nicht in Bayern zu erlangen sind, hat sich das Laboratorium an das preussische Kultusministerium gewandt und um eine Anweisung an die Schulbehörden gebeten, die Sammlung dieser Schmetterlinge zu fördern. Die Schulkinder sollen für je fünf Kohlwesflinge und je einen Zitronenfalter einen Pfennig erhalten. Wenn wir auf diese Weise 200 000 der gefragten Kohlwesflinge loswerden, so wäre das erfreulich. Bedenklicher sieht es schon bei den keineswegs mehr so häufigen hübschen Zitronenfaltern aus. Und wenn nun dieser Schmetterlingsmassenmord einsetzt, ist dann nicht die Gefahr vorhanden, daß so nebenbei Tauwende von andern schönen Faltern gefangen werden, von denen wir keineswegs mehr so viele haben, daß wir dem Fang gleichgültig gegenüberstehen könnten. Die verschiedenen Naturforschungsorganisationen sollten scharf aufpassen, damit sie hernach, wenn es zu spät ist, nicht wieder die allmählich etwas peinlich wirkende Rolle auszuüben haben, sentimentale Klage über das „Schwinden der heimischen Tierwelt“ anzustimmen.

Die Weißhe Krankheit. Die sogenannte Weißhe Krankheit, die in Binnengewässern durch die in den Mund von Schwämmern geratenden küssigen Ausscheidungen von Ratten übertragen wird, führte in Dordrecht zu sieben Erkrankungen. Aus Rotterdam werden elf Erkrankungen gemeldet; ein Fall verlief tödlich.

würde seinen Kopf vom Halbe trennen. Da Monroe die nächste Straße war, ging ich nach vorn auf The grip.

Weder der Führer noch die Dame sprachen jetzt. Das letzte, was ich bemerkte, war, daß der Führer nicht, als sei er mit sich über etwas ins reine gekommen, dann starrte er geradeaus und fuhr mit voller Geschwindigkeit drauf zu. Und es war doch der große Bat, der Irlander, den ich als Führer hatte. Slack her a bit, sagte ich im Jargon zu dem Führer. Das heißt: Fahr ein bißchen leichter. Ich sah nämlich einen schwarzen Punkt mitten auf dem Gesele, es konnte ein Menschenkopf sein, der aus dem Boden herausragte.

Ich sah mir auch die Dame an, sie hatte die Augen auf denselben Punkt geheftet und griff hart an ihren Sitz. Schon ist sie besorgt eines möglichen Unglücks wegen, dachte ich: was wird sie tun, wenn sie sieht, daß es ihr eigener Mann ist, der sterben will!

Der große Bat jedoch verlangsamte die Fahrt nicht. Ich rief ihm zu, es seien Menschen in dem Wagnis — keine Aenderung. Wir sahen jetzt deutlich den Kopf, es war der tolle junge Burche, der in seinem Loch stand, das Gesicht uns zugewandt. Da setzte ich die Pfeife an den Mund und ließ ein starkes Halbesignal ertönen; Bat fuhr mit gleicher Geschwindigkeit; in einer Viertelminute mußte ein Unglück geschehen. Ich schlug an die Glocke, sie läutete, und dann sprang ich nach vorn und ergriff die Bremsen. Doch es war zu spät, kreischend fuhr der Zug über den Schacht, bevor er zum Stehen kam.

Ich sprang ab; ich war verfürd und befand mich nur darauf, daß ich einen Mann angreifen sollte, der Widerstand leisten würde. Aber ich bestieg gleich wieder The grip und hatte überhaupt an keinem Fleck Ruhe. Auch der Führer war wie verfürd, er fragte ohne Sinn und Verstand, ob Leute in dem Schacht gefangen seien, und wie es habe kommen können, daß er nicht anhält. Die junge Dame rief: Fürchterlich! Fürchterlich! Ihr Geht war blutlos, und trampfhaft hielt sie sich am Sitze fest. Aber sie wurde nicht ohnmächtig, und kurz darauf stieg sie ab und ging ihrer Wege.

Es sammelten sich viele Leute an; wir fanden den Kopf des Verunglückten unter dem hintersten Wagen, sein Leib stand noch in dem Schacht; die Gabel der Maschine hatte ihn unter dem Kinn erfasst und seinen Kopf mitgerissen. Wir schafften den Toten vom Gesele weg, es kam ein Konstabler hinzu, der ihn fortbringen sollte. Der Konstabler schrieb auch viele Namen auf, und mir konnten alle Passagiere bezeugen, daß ich geläutet und gepiffen und zuletzt zur Bremsen ge-griffen hatte. Uebrigens hatten wir Straßenbahnleute selbst unserem Büro Rapport zu erstatten. Der große Bat bat mich um mein Messer. Ich verstand ihn falsch und sagte, das Unglück sei ohnehin groß genug. Da lächelte der große Bat und zeigte mir seinen Revolver zum Zeichen, daß es ihm an einer Waffe nicht fehle, und daß er das Messer zu seinen

Dummheiten brauchen wolle, sondern zu ganz anderen Dingen. Als er das Messer erhielt, sagte er mir Lebewohl; nun könne er nicht länger im Dienst bleiben; es tue ihm leid, aber ich müsse selber meinen Zug bis zur Endstation führen, da werde man mir einen anderen Fahrer geben. Und er erklärte mir, wie ich's anzufangen habe. Das Messer müsse ich ihm überlassen, sagte er, er wolle in einen ruhigen Hausflug gehen und da seine Uniformknöpfe abschneiden.

Damit ging er. Es war nichts zu machen, ich mußte selbst zur Station fahren; es standen jetzt mehrere Jüge hinter mir, die nur darauf warteten, daß ich von der Stelle komme. Und da ich von früher ein bißchen Übung mit der Maschine hatte, lief es ohne Unfall ab...

Eines Abends zwischen Weihnachten und Neujahr war ich dienstfrei und schlenderte durch die Stadt. Als ich an einen Bahnhof kam, trat ich einen Augenblick ein, um mir den gewaltigen Verkehr da drinnen anzusehen. Ich ging bis ganz auf einen der Perrons hinaus und schaute mir einen Zug an, der abfahren sollte. Plötzlich ertönt mein Name, ein lächelnder Mann steht auf einem Wagentritt und ruft mich an. Es war der große Bat. Es dauerte eine Weile, bis ich ihn erkannte, er steckte in feinen Kleidern und hatte sich den Bart abnehmen lassen.

Mir entfuhr ein kleiner, erstaunter Schrei. Ist, nicht so laut! Wie ist die Affäre eigentlich abgelaufen? fragte Bat.

Wir sind vernommen worden. Man sucht dich.

Bat sagte:

Ich reise in den Westen. Was hat man hier vom Leben? Sieben, acht Dollars in der Woche, aber davon viele zum Unterhalt. Ich nehme mir Land, ich werde Farmer. Versteht sich, ich habe das Geld dazu. Wenn du mitkommen willst, wollen wir uns drüben bei Frisco Land suchen.

Ich kann nicht weg.

Eben denk ich dran: hier ist dein Messer. Schönen Dank. Nein, siehst du, das Leben bei der Straßenbahn hat keine Zukunft. Ich habe drei Jahre gedient und bis jetzt nie Gelegenheit gehabt, die Sache an den Nagel zu hängen.

Der Zug pff!

Ja, adieu, sagte Bat. Hör mal, wieviel hast du von dem Mann bekommen, der überfahren wurde?

Zehn Dollars.

Soviel hab ich auch bekommen. Na, er war eigentlich ein ehrlicher Fahrer. Aber die Frau war tüchtiger.

Die Frau?

Die junge Frau, ja. Ich habe ein kleines Geschäft mit ihr gemacht. Es kam ihr nicht an auf ein-, zweitauend, denn sie wollte den Mann loswerden. Wenn ich jetzt ein leichteres Leben anfangen kann — geschick's von ihrem Gelde.

# Riesenbetrug an Ober-Oesterreich

## Das Land erleidet einen Schaden von 25 Millionen Schilling.

Wien, 24. August.

Ein riesiger Anleihebetrug, durch den das Bundesland Ober-Oesterreich um einen Betrag von etwa 25 Millionen Schilling geschädigt worden ist, ist jetzt durch die Verhaftung von zwei der hauptsächlichsten in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Wiener Staatsanwaltschaft hat den ehemaligen spanischen Generalkonsul in Oesterreich, Kommerzialrat Karl Egon Alma, und seinen Bruder Dr. Fritz Alma verhaftet. Dagegen ist es dem Haupt des Betrüglerkonjunktums, einem dritten Bruder, dem Bankier Dr. Hans Alma, gelungen, sich rechtzeitig ins Ausland in Sicherheit zu bringen.

Den drei Brüdern Alma, außer denen in die Angelegenheit noch eine ganze Reihe anderer Personen verwickelt ist, wird vorgeworfen, durch geschäftliche Untreue und Betrugungen den genannten Schaden für das Land Ober-Oesterreich herbeigeführt zu haben. Außerdem sollen sie durch strafbaren Leichtsinns den Konkurs ihres Bankhauses verursacht haben. Nähere Einzelheiten über die Vorgeschichte der sensationellen Verhältnisse sind aus einem ausführlichen Bericht des Finanzreferenten des oberösterreichischen Landtags, Landeshauptmann Dr. Schlegel, bekannt geworden.

### „Beziehungen zu Morgan.“

Im Januar des Jahres 1925 erschien der flüchtige Bankier Dr. Hans Alma beim Landeshauptmann und teilte mit, daß er durch seinen Vater persönliche Beziehungen zu dem New-Yorker Bankhaus Morgan, Livermore u. Co. habe und daß mit diesem Bankhaus Verhandlungen um einen Kredit für Oesterreich im Gange seien. Später ist dann auch tatsächlich eine Anleihe für Ober-Oesterreich zustande gekommen. Dieses Geschäft haben dann die Brüder Alma offenbar zu den betrügerischen Manipulationen ausgenutzt, die für das Land ein Verhängnis wurden

und schließlich zu dem im Gange befindlichen Strafverfahren führten. Dabei ist es kaum begreiflich, daß man bei den verantwortlichen Stellen in Ober-Oesterreich nicht schon viel früher Kenntnis von diesen Verhältnissen erhielt und daß die Almas sie bis zum Ende des Jahres 1931 geheimzuhalten verstanden haben. Ingesamt waren von Dr. Alma bei der New-Yorker Großbank, sechs kleineren Firmen in New York sowie bei einem Londoner Bankhaus Verpflichtungen in Höhe von 1,5 Millionen Dollars eingegangen worden, für die oberösterreichische Dollarobligationen im Werte von 5 319 000 Dollar verpfändet wurden.

Weder über die direkten Verpflichtungen noch über die Verpfändungen hat Dr. Alma dem Lande Mitteilung gemacht, obwohl er zu all diesen Geschäften nicht bevollmächtigt worden war. In langen Verhandlungen gelang es dem Vertrauensmann, die Banken von einer Exekution zurückzuhalten, so daß wenigstens das Schlimmste verhütet werden konnte. Trotzdem wird der Schaden, den das Land Ober-Oesterreich erleidet, auf ungefähr 25 Millionen Schilling geschätzt, wobei die beträchtliche Schädigung des österreichischen Kredits noch nicht einmal berücksichtigt ist.

## Gold vom Meeresgrund.

### Ein Drittel der „Ägypte“-Ladung gehoben.

Der italienische Hebedampfer „Artiglio“ hat wieder für 18 1/2 Millionen Frank Goldbarren und Silber in England abgeliefert, die er aus der Stahlkammer der gesunkenen „Ägypte“ gehoben hatte. Die „Artiglio“ ist am Mittwoch nach Brest zurückgekehrt und wird die Arbeiten in den nächsten Tagen wieder aufnehmen. Bisher ist etwa ein Drittel der Goldladung der „Ägypte“ gehoben worden.

## Ein Mensch will ins Gefängnis.

### Menschen in Not und Verzweiflung wissen nicht aus noch ein.

Georg B. ist 21 Jahre alt, arbeitslos, elternlos. Aber er konnte das Betteln nicht lernen. Und eines Tages hatte er selbst das nicht zusammengebracht, was er zum Übernachten brauchte. Die Polizei hätte er auf einer Bank schlaf finden können. Wenn aber der Schupmann ihn antrifft! Lieber nicht. Und wieder ging er durch die Straßen, ohne Hoffnung auf einen Ausweg. Sollte er morgen wieder betteln und übermorgen wieder betteln? Wäre da nicht schon das Gefängnis besser? Es ist ja gar nicht so schrecklich, das Gefängnis. Der Monat, den er vor mehreren Jahren wegen eines schweren Diebstahls zu verbüßen hatte, war schnell herum. Nur anfangs war es sehr einsam. Und schnell war der Entschluß gefaßt. Er ging an ein Schokoladengeschäft heran, schlug die Vitrine ein, holte Schokolade für 2 M. heraus, sah sie auf, begab sich zur Polizei und meldete selbst von dem Einbruch, den er begangen hatte: er möchte bestraft werden. Und da er nun unbedingt bestraft werden wollte, tat ihm das Gericht das Gefallen und gab ihm einen Monat Gefängnis. Die soziale Gerichtshilfe wird sich seiner nach Verbüßung der Strafe annehmen.

Ein zweiter Fall: Der Mann ist 37 Jahre alt, von Beruf Reklamechef am Zirkus. Solange die Zirkusse gut zu tun hatten, konnte er sich über Arbeitslosigkeit nicht beklagen. Er reiste durch Deutschland, durch Europa, war bald bei diesem, bald bei jenem Zirkus beschäftigt. Ein Reklamechef ist keine unwichtige Persönlichkeit. Seine Arbeit tat er mit Liebe, sie machte ihm Spaß, und wenn dann der Zirkus voll war, so glaubte er, dies seiner eigenen Tüchtigkeit zuschreiben zu dürfen. Und er verstand sich auf Reklame. Seine Zeugnisse sind ganz vortrefflich. Die Zirkusse gehen aber pleite, einer nach dem anderen — die Reklamechefen werden allmählich arbeitslos. Auch dieser siebenunddreißigjährige wurde es — was half es, daß er noch eine Forderung von 500 M. hatte. Sie war doch nicht einzulassen. Der Witzig vollzog sich bei ihm sehr schnell. Sein Domizil wurde das Männerheim. Das Übernachtungsgehalt betrafte er sich zusammen. War es mehr, als er für Schlafen und Essen brauchte, so trank er sich Mut an. Das gefaßt nur selten. Er verstand sich auf die Reklame besser, als auf das Betteln; war zu beschneiden und ging nur allzu oft leer aus. Als er eines Tages bergab nach dem einen, bald den anderen angesprochen hatte, patzte ihn die Wut, und er tat etwas, was er sonst nie getan hätte, er schraubte Türschlösser ab. Und weil er sich auch darauf nicht verstand, wurde er festgenommen und wurde vor den Richter gebracht. Er erhielt drei Wochen Gefängnis wegen Diebstahls. Eine Bewährungsfrist wurde ihm in Aussicht gestellt. Vom 15. September ab ist ihm wieder Arbeit versprochen worden. Hoffentlich wird ihm keine Strafe dabei nicht im Wege sein.

## Jahrmarkt des Kindes.

Unter diesem Titel hat das Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zugunsten seines Freizeitenfonds in sämtlichen Räumen des Berliner Zoo ein Wohltätigkeitsfest veranstaltet. Keryllische Wissenschaft und soziale Fürsorge, bildende Kunst, Industrie und Technik haben hier Nützliches und Schönes zusammengetragen, werdend für den Gedanken: sorgt für die Gesundheit des Kindes! Es sieht nämlich, wie Geheimrat Dr. Wumm, früherer Präsident des Reichsgesundheitsamtes, wie auch der Leiter des Hauses, Prof. Dr. Langstein, ausführten, nicht allzu günstig um die gesundheitliche Beschaffenheit der neuen Generation aus. Gewiß, es wurden in der Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit ganz außerordentliche Erfolge erzielt, man hat sogar einzelne Kinderkrankheiten, wie beispielsweise den Sommerlichen Wreidurchfall, fast ganz aus der Welt geschafft; aber was wissenschaftliche und technische Fortschritte im Laufe eines Vierteljahrhunderts aufgebaut haben, das droht die wirtschaftliche Verdrängung wieder zunichte zu machen. Der immer weiter fortschreitende Ernährungsmangel in Verbindung mit einer vergrößerten öffentlichen Fürsorge bringen ernsthafte Gefahr für den kindlichen Organismus, und es muß alles daran gesetzt werden, daß das Gesundheitsbarometer nicht noch weiter fällt. In diesem Sinne ist die Veranstaltung auch vor allem volksbelebend gehalten; durch wissenschaftliche Vorträge, durch Bilder und statistisches Material vermittelt sie den Mütter viel Wissenswertes; in einer Sonderschau „Mutter und Kind“ zeigt der Verein Berliner Künstler eine Reihe schöner Bilder, an „Geräten“ des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht können Geschicklichkeitsprüfungen vorgenommen werden; für die Kinder gibt es Kasperletheater, Kollerrennen, Kleinautorennen

und Kindermodeschau. Im Beisein von Vertretern der Staats- und Landesbehörden, der Keryllschaft, der Fürsorge, der Schwesternverbände, Schulbehörden und vieler anderer interessierter Organisationen wurde die Ausstellung eröffnet.

## Berlangt die sozialistische Presse!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Ich bin Kaufmann (Vertreter), bin oft tagelang nicht in Berlin und kaufe mir meine Zeitungen unterwegs. Da ist es mir wiederholt aufgefallen, daß auf manchen Bahnhofsbuchhandlungen der „Vorwärts“ entweder „ausverkauft“ ist oder gegenüber den anderen Zeitungen sehr verteuert und schlecht placiert oder überhaupt nicht ausgehängt wird. Ich habe jedesmal energisch dagegen protestiert, halte es aber auch für notwendig, daß sich die jeweiligen sozialdemokratischen Ortsorganisationen darum kümmern, ob das Zentralorgan der Partei ausliegt. Aber auch die übrige republikanische Presse, die der Bahn noch weit geringer ist als die reaktionäre, tritt bei diesen Zeitungshändlern wenig oder gar nicht in Erscheinung. Die Bahnhofsbuchhändler sind zu strengster politischer Neutralität verpflichtet, wie übrigens auch die Zeitungshändler auf der Berliner U-Bahn. Man sollte also in solchen Fällen niemals ein eindringliches und energisches Rohwort an die betreffenden Verkäufer scheuen. Man sollte sich aber auch die Firma bzw. den Buchhändler nennen lassen und dann die kleine Mühe nicht scheuen, einen Beschwerdebrief an sie zu schreiben. Ich selber bin zwar nicht organisierter Sozialdemokrat, aber ich wünsche, daß die sozialdemokratische, entschlossen republikanische Presse, die sich für Ruhe und Ordnung, für Befassung und soziales Recht einsetzt, unter allen Umständen auf den Zeitungsständen der Reichsbahn gebührend in Erscheinung tritt. Das ist nicht allein Sache der Behörde und der Organisationen, sondern jedes einzelnen Käufers.“

## Keine Hifferei bei Jung.

Zu unserer Notiz „Hifferei-Kaffee und Zahncrème“ („Vorwärts“ Nr. 397) sendet uns die Firma Jung sei. Witwe eine Erklärung, in der sie betont, daß sie parteipolitisch stets völlig neutral eingestellt sei. Da diesem Schreiben noch die eidesstattlichen Versicherungen der Angestellten aus der Filiale in der Leipziger Straße beigelegt sind, denen zufolge sie sich während der Geschäftszeit jeder politischen Äußerungen enthalten hätten, haben wir keinen Grund, die Aufrichtigkeit dieser Mitteilung tendenziös in Zweifel zu ziehen und die an den von uns zitierten Fall gefällte Warnung „Merkt es euch, Republikaner“ aufrecht zu erhalten. Die unser Gewährsmann versichert, ist der von ihm plaffierte Gruß un zweifelhaft erfolgt. Doch wir wollen gern annehmen, daß er rein zufällig ausgeführt wurde, ohne daß die betreffende Angestellte sich seiner Bedeutung in diesem Augenblick bewußt war.

Pflege und Ernährung des Säuglings. Am Donnerstag, dem 25. August, beginnt im Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg, Frankstraße 3 (Rindbühlhof Westend), ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem alles das praktisch und theoretisch gelehrt wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt 4 Doppelstunden jeweils Donnerstags von 3 bis 5 Uhr. Die Einschreibgebühr von 8 Mark ist im Aufnahmebüro der Anstalt zu entrichten.

Die Verwaltungsschule Berlin veranstaltet in der Zeit vom 3. bis 8. Oktober 1932 einen Kursus über die Reorganisation der Arbeitslosenhilfe. Zur Erörterung werden besonders interessierende Gegenwartsfragen gelassen wie: Die Wirtschaftsschwäche und Finanzlage im Hinblick auf das Arbeitslosenproblem; die Aufgaben der Reichsanstalt bei der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge; die Selbsthilfe gegen die Arbeitslosigkeit; freiwilliger Arbeitsdienst und das Problem der Arbeitsdienstpflicht usw. Die Vorträge werden wie immer von führenden Praktikern und Theoretikern gehalten. Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Verwaltungsschule, Berlin W. 8, Charlottenstraße 50/51, Fernruf: A 2 1104 3322/28. — Die Verwaltungsschule Berlin teilt weiter mit, daß in der Zeit vom 10. bis 13. Oktober 1932 die 4. kommunalwissenschaftliche Woche stattfindet. Im Vorbergrunde dieser Woche stehen die Finanzfragen.

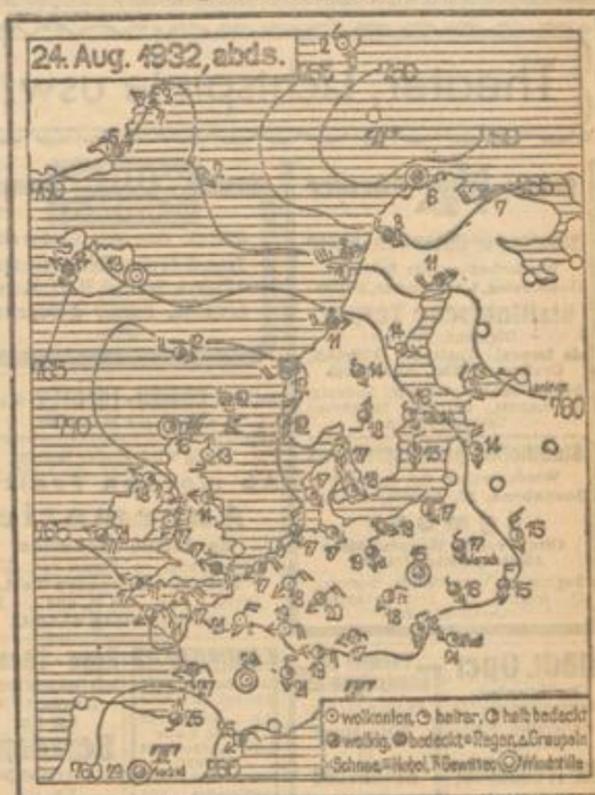
Rekursurschulung für Kaufleute beginnen in der Arbeiter-Senographenverein Groß-Berlin in der Woche vom 5. bis 11. September in folgenden Bezirken: Nordosten: Schule Senefelderstr. 6, Montag 5. September; Norden: Schule Schulstraße 99, Dienstag, 6. September; Südwesten: Schule Gneisenaustr. 7, Dienstag, 6. September; Südosten: Schule Reichenberger Straße 87, Donnerstag, 8. September; Osten: Schule Dinnar Straße 18, Donnerstag, 8. September; Charlottenburg: Schule Drankenstr. 31/32, Dienstag, 6. September; Südwesten: Schule Faurist. 37, Donnerstag, 8. September; Südosten: Schule Lützowstr. 63, Donnerstag, 8. September; Neutempel: Jugendheim Steinhilfstr. 94, Donnerstag, 8. September. Alle Kurse beginnen 19 1/2 Uhr. Anmeldung erfolgt am

ersten und zweiten Kurstagen. Weitere Auskunft, auch über Fortschrittskurse in Vertebro- und Dehnbandschrift, erteilt Otto Wenghofer, Vorfigender, Bellen i. d. M., Wilhelmstr. 10a.

Englisch — Französisch — Nichtiges Deutsch. Anfang September beginnen neue Sprachkurse für Anfänger und Fortgeschrittene bei Gene in der M. 55, Eichenstr. 16, Götterhaus 3 Tr. rechts (Untergrundbahnhof Nürnberger Platz). Anmeldungen — auch schriftlich — bis zum 1. September, täglich 17—20 Uhr.

Siedlungsinteressenfahrt nach Hebräen. Die Anmeldungen zur Teilnahme an der Fahrt von Siedlungsinteressen nach Hebräen am vergangenen Sonntag waren aus Versehen des „Vorwärts“ so zahlreich, daß einer ganzen Anzahl abgelehrt werden mußte. Die „Hebräen“-Gesellschaft hat Siedlungsinteressenfahrt, veranstaltet daher nochmals an einem der kommenden Sonntage eine kostenfreie Siedlungsinteressenfahrt und bittet unter Hinweis auf die Knappheit in der vorliegenden Ausgabe um schriftliche Meldungen mit Angabe der Personenzahl.

## Allgemeine Wetterlage.



In Deutschland herrscht am Dienstag ein recht einheitlicher Witterungscharakter, und zwar war es fast allgemein trocken, wolkig und ziemlich kühl. Die Temperaturen stiegen meist kaum bis 20 Grad Celsius. Nur am oberen Rhein erhob sich das Thermometer bis auf 24 Grad Celsius. Das westliche Hochdruckgebiet behält sich zur Zeit langsam nach Südbankindien aus. Damit wird sich das Wetter in unserem Bezirk weiter bessern. Nachts dürfte es jedoch zunächst noch sehr kühl sein.

Wetterausichten für Berlin: Trocken und vielfach heiter, nachts sehr kühl, am Tage wieder ein wenig wärmer, schwache Winde aus nördlicher bis östlicher Richtung. — Für Deutschland: Überall weitere Wetterbesserung, nachts allgemein sehr kühl, am Tage Temperaturen besonders in West-, Mittel- und Süddeutschland ansteigend.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 1, 2. Etg., 7 Treppen nachts, zu richten.

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer u. Lehrerinnen, Bezirksgruppe Berlin.

Heute, 18 1/2 Uhr, Sitzung im Köllischen Gymnasium, Inselstraße, Kasernen-Vorrichtungsbuch.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

2. Kreis. Der Sportverein macht veranstaltet am Sonnabend, 27. und Sonntag, 28. August, auf dem Sportplatz Kiefernallee ein Beachvolleyball-Turnier. Die Teilnahme ist für alle Interessierten offen. Die Kosten der Veranstaltung sind durch die Teilnehmer zu tragen. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 begrenzt. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 begrenzt. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 begrenzt.
3. Kreis. Der Sport- und Spielverein für alle erwerbslosen Jugendlichen des Reiches findet Montag und Donnerstag von 9—12 Uhr auf dem Sportplatz in Köpenick, Köpenicker Platz, ein Beachvolleyball-Turnier. Die Teilnahme ist für alle Interessierten offen. Die Kosten der Veranstaltung sind durch die Teilnehmer zu tragen. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 begrenzt.
4. Kreis. Der Sport- und Spielverein für alle erwerbslosen Jugendlichen des Reiches findet Montag und Donnerstag von 9—12 Uhr auf dem Sportplatz in Köpenick, Köpenicker Platz, ein Beachvolleyball-Turnier. Die Teilnahme ist für alle Interessierten offen. Die Kosten der Veranstaltung sind durch die Teilnehmer zu tragen. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 begrenzt.
5. Kreis. Der Sport- und Spielverein für alle erwerbslosen Jugendlichen des Reiches findet Montag und Donnerstag von 9—12 Uhr auf dem Sportplatz in Köpenick, Köpenicker Platz, ein Beachvolleyball-Turnier. Die Teilnahme ist für alle Interessierten offen. Die Kosten der Veranstaltung sind durch die Teilnehmer zu tragen. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 begrenzt.
6. Kreis. Der Sport- und Spielverein für alle erwerbslosen Jugendlichen des Reiches findet Montag und Donnerstag von 9—12 Uhr auf dem Sportplatz in Köpenick, Köpenicker Platz, ein Beachvolleyball-Turnier. Die Teilnahme ist für alle Interessierten offen. Die Kosten der Veranstaltung sind durch die Teilnehmer zu tragen. Die Teilnehmerzahl ist auf 100 begrenzt.

## Frauenveranstaltungen.

14. Kreis. Deutscher Frauenklub, Georgenstraße 28, Funktionärstreffen.

15. Kreis. Deutscher Frauenklub, Georgenstraße 28, Funktionärstreffen.

16. Kreis. Deutscher Frauenklub, Georgenstraße 28, Funktionärstreffen.

## Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Reussberg, Ost. Eltern-Kindertage. Jeden Montag beim Wasserwerk, 4 von 17—19 Uhr. Nachmittags jeden Donnerstag beim Wasserwerk, 107 von 17—19 Uhr. Alle Feste jeden Mittwoch von 17—19 Uhr in der Pflanzenschule.

Schöneberg: Elternabend im Lindenhof am 19. August, Drogenheim, Schulstr. 40, Abends 7 Uhr. Elternabend: Elternabend am 19. August, Drogenheim, Schulstr. 40, Abends 7 Uhr.

Friedrichshagen: Heute, 20. August, Kreisleiterbesprechung, Mühlent. 50, Tollen, welche an diesem Sonnabend an einer Autofahrt zum Ufersee teilnehmen werden, melden sich bis Freitag, 20. August, im Heim Drogenheim, 3—4, Rollen 120 M. Eltern 20 M. — Einzahlung des Monatsbeitrags 10 M. bis Freitag, 20. August, im Heim Drogenheim, 3—4, Rollen 120 M. Eltern 20 M.

14. Kreis. Deutscher Frauenklub, Georgenstraße 28, Funktionärstreffen.

15. Kreis. Deutscher Frauenklub, Georgenstraße 28, Funktionärstreffen.

16. Kreis. Deutscher Frauenklub, Georgenstraße 28, Funktionärstreffen.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Im Making verstarb unser lieber Genosse Hermann Otto, Wilhelmstr. 14, im 58. Jahr. Einlieferung Freitag, 18. August, 19 1/2 Uhr.

12. Kreis. Unser Genosse Witzler Fritz ist am Montag verstorben. Eine feierliche Beerdigung am Freitag, 26. August, 16 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße. Um rege Beteiligung wird gebeten.

„Haarglanz“ adstringiert das Haar, d.h. er zieht das vom Waschen aufgequollene Haar schnell wieder zusammen, sodass es glatt und fein, straff und elastisch wird. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaumpon, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem hochwertigen, kosmetisch wirksamsten Schwarzkopf-Extra. Für Blondinen „Extra-Blond“, die auffallende Spezialsorte!



# Das tägliche Brot in Rußland.

## Zafachen zur russischen Ernährungsfrage.

Der stürmische industrielle Aufbau Sowjetrußlands macht planmäßige Erfolge auf der Agrarfront zu einer Lebensfrage. Die Hoffnungen der Sowjetunion wurden in diesem Jahre noch nicht erfüllt.

Die Ergebnisse der russischen Frühjahrsausfaat verdienen größte Aufmerksamkeit: Weil es von ihnen abhängt, ob die 160 Millionen der Sowjetunion genug zu essen haben, weil an ihnen Erfolg und Mißerfolg der Kollektivierung abzulesen ist und weil der Ausfall der russischen Ernte auch den Umfang der russischen Ein- und Ausfuhr bestimmt. Die Rußlandausfuhr für Deutschland stehen in engem Zusammenhang mit der Weizen- und Roggenernte in den Dörfern der Ukraine und Sibiriens.

Die Berichte des Volkskommissariats für Landwirtschaft in der Sowjetpresse sind leider immer dürftiger geworden. Es fehlen alle Vergleiche mit dem Vorjahr, vielfach werden nur absolute Zahlen genannt, dann wieder nur Verhältniszahlen, und es kostet ziemliche Mühe,

### Die Entwicklung der russischen Landwirtschaft in den beiden letzten Jahren

zu erkennen. Diese beiden Jahre sind aber die Jahre, in denen die Kollektiven zur herrschenden Betriebsform geworden sind. Die folgenden Ziffern geben das Resultat einer Durchsicht der Tageszeitungen in den entsprechenden Perioden der Jahre 1930 bis 1932.

Der Plan für die Herbstfaat 1931 wurde nicht erfüllt. Wurden bis zum 1. November 1930 von den bäuerlichen Wirtschaften, Kollektiven und Einzelwirtschaften 35,4 Millionen Hektar bebaut, so waren es bis zum 1. November 1931 nur 34,1 Millionen Hektar. Die Staatsgüter vermochten den Verlust nicht auszugleichen. Die gesamte Saatkfläche blieb um mehr als eine halbe Million Hektar hinter jener der Vorjahre zurück.

Die Frühjahrsfaatkampagne begann in diesem Jahre bedeutend früher. Die Witterung war ungleich günstiger. Die Gebieten, welche 1931 unter der Dürre gelitten hatten, waren nach den offiziellen Angaben mit Saatgut aus anderen, besser gestellten Gebieten versorgt worden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen hat sich ansehnlich vermehrt. Die chemischen Betriebe lieferten mehr Kunstdünger als 1931. Es waren alle Voraussetzungen für einen schnellen und erfolgreichen Verlauf der Kampagne gegeben. So schien es. In Wirklichkeit ist das Ergebnis wenig befriedigend. Bisherorts ist es schlecht, in manchen Gegenden muß man es sehr schlecht nennen.

### Die gesamte Anbaufläche betrug

	Millionen Hektar		Prozent der Planerfüllung	
	1931	1932	1931	1932
1. Juli . . . . .	97,08	96,68	97,0	94,5

Der Plan für 1932 sah eine Anbaufläche von 102 Millionen Hektar vor. Er konnte nicht erreicht werden. Wenn man sich begnügt, nur die Gesamtziffern der beiden Jahre zu vergleichen, wäre das Ergebnis zwar unbefriedigend, aber doch nicht allzu schlecht zu nennen. Anders wird es, wenn man die einzelnen Kulturen und Gebiete betrachtet.

### Gerade die Brotkulturen stehen am schlechtesten.

Weizen war angebaut (in Millionen Hektar):

15. Juni 1930 . . . . .	23,7
1931 . . . . .	25,0
1932 . . . . .	21,6

In keinem der großen Weizengebiete, Kaschirien (östliches Wolgaregion) ausgenommen, wurde der Stand des Vorjahres erreicht. In Kaschirien (nördlich vom Ural) sank die Fläche von 3 auf 2 Millionen Hektar, in Sibirien von 4,6 auf 3,8, im Ural von 2,6 auf 2,1. Besondere Beachtung verdient die Entwicklung in der Ukraine: Hier waren am 15. Juni 1930 mit Weizen besät 3,3 Millionen Hektar, 1931 noch 2,3, 1932 aber nur noch 1,2 Millionen Hektar.

Der Rückgang im Anbau von Gerste wurde nicht aufgehalten. Von 7 Millionen Hektar sank die Fläche auf 6,2 im Jahre 1931 und

blieb 1932 auf dem gleichen Stand. Die Haferfaat dagegen ist noch viel weiter zurückgegangen. Sie machte 1930 noch 17,9 Millionen Hektar aus, um sich 1931 auf 16,1 und 1932 gar auf 13,9 Millionen Hektar zu vermindern. Ein Sinken ist auch bei Mais zu beobachten, wenngleich kein so starkes: von 3,9 auf 3,8 und 3,6 Millionen Hektar. Mit Hirse waren am 15. Juni 1930 5,1 Millionen Hektar bestellt gewesen, am 10. Juni 1932 5. Buchweizen war von 1930 bis 1931 von 2 auf 1 Million Hektar zurückgegangen; es fehlen Angaben für dieses Jahr. Die Kartoffelanbaufläche ist ebenfalls kleiner geworden: sie ging von 5,8 im Jahre 1930 auf 5,2 Millionen Hektar im Jahre 1932 zurück.

Die Anbaufläche von Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Kartoffeln und Hirse ging in zwei Jahren von 63,3 auf 55,4 Millionen Hektar oder um 12,5 Proz. zurück. In der gleichen Zeit nahm die Beodffterung um 4,7 Proz. zu.

Die technischen Kulturen hatten sich 1931 sehr gut entwickelt. Auch hier ist 1932 ein Stillstand oder nur geringer Fortschritt, zum Teil sogar ein Rückschritt zu beobachten. Die Zunahme des Sonnenblumenanbaus erklärt sich durch den Rückgang in der Viehwirtschaft, den dadurch austretenden Mangel an tierischen Fetten und die Notwendigkeit, in dem Pflanzenöl einen Ersatz zu schaffen. Er betrug 1931 4,5, 1932 5,1 Millionen Hektar. Mit Zuckerrüben waren 1932 1,6 gegen 1,5 Millionen Hektar im Vorjahr bestellt. Auch Flachsbau wurde etwas mehr angebaut. Die Hanfkulturen verfeinerten sich ein wenig. Die Baumwollfläche ist neuer kleiner als im Vorjahr.

Es ist vorausgesetzt, daß keine weiteren Verschlechterungen des Wetters eintreten, mit einer Mittelernte zu rechnen, was den Ertrag pro Hektar betrifft. Denn die leistungsfähigsten Hoffnungen, daß der Hektarertrag infolge besserer Bodenbearbeitung, Düngung usw. sich reich vergrößern wird, hat man inzwischen aufgegeben.

Der ursprüngliche Fünfjahresplan hatte mit einem Hektarertrag von 10,3 Doppelzentner Getreide, 190 Zuckerrüben, 13,4 Baumwolle, 5,9 Flachsbau gerechnet. Die Realziffern für 1932 wünschten entsprechend 8,5, 145, 8,7 und 2,6 Doppelzentner. Sie sind nicht annähernd zu erreichen. Das ergibt sich aus einem Vergleich der Hektarerträge von 1913 mit denen der letzten Jahre. Es ist zu beachten, daß 1913 kein Traktor über die Felder fuhr, daß es keine Maschinen-Traktoren-Stationen gab, die ganze Wirtschaft rückständig und primitiv war.

### Ertrag pro Hektar in Doppelzentnern.

	1913	1930	1931	1932	1932
	(pro Dekajare = 1,0925 ha)			(1. Plan)	(2. Plan)
Zuckerrüben . . . . .	175	112	81	190	145
Baumwolle . . . . .	10,6	7,0	5,3	13,4	8,7

Es ist übrigens zu beachten, daß die ursprünglichen Schätzungen sich bei schärferer Ueberprüfung immer als übertrieben herausstellen. Im Februar war der Hektarertrag 1931 mit 7,5 Doppelzentner angegeben worden; Offiziell stellt („Pravda“ vom 5. Juli) fest, daß er bloß 6,8 war. Ein „kleiner Unterschied“: 73 Millionen Doppelzentner!

Die Kollektivierung hat demnach die Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, bis jetzt noch nicht erfüllt. Die Anbaufläche ist im Zurückgehen, die Hektarerträge sinken. Zwar schreitet die Mechanisierung fort, aber die Massenbeschäftigten haben der Landwirtschaft so viel Zugkraft geraubt, daß es Jahre dauern wird, bis der Traktor das fehlende Pferd voll ersetzen wird. Die Konfiskation eines übergroßen Teiles der Ernte hat den Anreiz zur Erweiterung der Wirtschaft vielfach ertötet. Die Mängel in der Arbeiterorganisation der Kollektiven, die Schwierigkeit, den russischen Bauer, der bis jetzt seine Wirtschaft nach seinem Willen geführt hat, an Maschinenarbeit zu gewöhnen, die Zerstörung des alten gesellschaftlichen Gefüges, ohne daß das neue wenigstens in den Grundzügen vorgetragen gewesen wäre, das alles hat bewirkt, daß die unsehbaren Vorzüge kollektiver Bodenbearbeitung sich bis jetzt noch nicht auswirken konnten. O. M.

# Die Reinigung im Stahltruff.

## Jetzt heißt es aufpassen!

Es dürfte tatsächlich so sein, daß die Beauftragung des Herrn von Piotow vom Bauhaus Hardt u. Co., der Reichsregierung über die Geisenkirchener Angelegenheit zu berichten, zugleich die Einleitung der Sanierung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. bedeutet. Man beobachtet in den letzten Tagen Kursbewegungen bei den Stahlwerksaktien nach oben, und wenn auch am Mittwoch wieder ein kleiner Rückgang auf 16 1/2 Prozent eintrat, so scheinen doch die Interessenten zu hoffen, daß die Sanierung der Vereinigten Stahlwerke auf einer günstigeren Grundlage erfolgen wird, als sie im bisherigen Kurse zum Ausdruck kommt. Die Vereinigte Stahlwerke-Bewertung demontiert zwar das Vorhandensein bestimmter Sanierungs- und Kapitalzusammenlegungspläne, aber sie macht doch schon für ein den privaten Großaktionären günstiges Zusammenlegungsverhältnis gutes Wetter, indem sie sagt, daß angesichts der Anleiheverschuldung von 483 Millionen Mark das heutige Aktienkapital von 725 Millionen Mark kaum tiefer zusammengestrichen werden dürfte. Das wäre natürlich ein außerordentlich fettes Geschäft für die Herren Thiggen, Otto Wolff usw., aber ein außerordentlich schlechtes für Reich als Großaktionär, das schließlich allein für eine vernünftige Sanierung verantwortlich ist und unbegrenzt neue Mittel zur Verfügung stellen müßte. Die Dezentralität wird wachsen sein müssen, damit der Steuerzahler und der Staat bei der Stahlwerks-Sanierung nicht betrogen werden.

# Die Abwrachhilfe.

## 10 Prozent der deutschen Flotte werden verschrottet.

Die Reichsregierung hat jetzt 12 Millionen Mark für die systematische Kapitalvernichtung durch Abwrachen von 400 000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung gestellt und die Bedingungen für die Gewährung des Reichsgeldschusses bekannt gemacht.

Danach kann bei Verschrottung eines Schiffes dem Reeder eine Beihilfe von 30 Mark je Bruttoregister-Tonne gezahlt werden. Es muß sich um Schiffe handeln, die seit dem 1. Januar 1930 ununterbrochen in einem deutschen Seeschiffsregister eingetragen und im Eigentum des Antragstellers waren. Ferner müssen die Schiffe vor dem 1. Januar 1913 von Stapel gelaufen, also 20 Jahre alt und älter sein. Das Abwrachen muß auf einer deutschen Werft erfolgen.

Da etwa 10 Proz. der deutschen Flotte verschrottet werden, entfallen auf die Hapag und den Norddeutschen Lloyd etwa je drei Millionen Mark. Etwa vier Millionen Mark kommen auf die Mittel- und Kleinreedereien und die Transporthilfe. Man rechnet damit, daß 240 000 Tonnen Schrott anfallen werden. Zur Uebernahme dieser Mengen hat sich ein Konsortium aus drei Schrotthändlerfirmen gebildet, die einen Preissturz am Schrottmittel verhindern wollen.

Daß es sich nicht etwa um unbrauchbare Schiffe handelt, die auf diese Weise zum alten Eisen gemacht werden, zeigt am besten die Erklärung der Reptun-Gesellschaft in Bremen, daß sie sich an der Abwrachaktion nicht beteiligen werde, da ihre Schiffe noch alle in bestem Zustande seien. Wenn auf keine andere Weise beträchtliche Verhältnisse in der Weltseefahrt herzustellen sind als durch diese systematische Kapitalvernichtung auf Kosten der Steuerzahler, dann ist das das schlimmste Urteil über das kapitalistische Wirtschaftssystem. Uebrigens ist es sehr zweifelhaft, ob andere Länder dem deutschen Beispiel folgen werden, ob also eine Besserung in der Lage der Weltseefahrt sich einstellen wird.

# Lederindustrie 1931.

## Geringe Produktionschumpfung / Ausfuhrhandel behauptet

Die Produktion der deutschen Lederindustrie war nach „Wirtschaft und Statistik“ im Jahre 1931 mit 104 Mill. Kilogramm etwa 7 Proz. geringer als im Vorjahre. Ihr Wert aber ist mit 509 Mill. M. infolge der gesunkenen Preise um 26 Proz. gesunken. Das Verhältnis von Einfuhr zu Ausfuhr blieb von 1929 bis 1931 unverändert mit 1 zu 3,3 (wertmäßig).

Die Einfuhr belief sich im Jahre 1931 auf 6,6 Mill. Kilogramm im Werte von 55,7 Mill. M. Die Ausfuhr auf 14,9 Mill. Kilogramm mit 178,8 Mill. M. Die Ausfuhr machte also 35 Proz. der Produktion aus. Auch in diesem Wirtschaftszweig werden also geringe Qualitäten eingeführt, aber hochwertige ausgeführt; denn der durchschnittliche Wert des eingeführten Leders betrug je Kilogramm 8,45 M., des ausgeführten Leders aber 12 M. Der gesamte Inlandsverbrauch belief sich im Jahre 1931 auf 95,5 Mill. Kilogramm im Werte von 385,7 Mill. M. Der Wert der verarbeiteten Felle und Häute ist gegenüber 1931 um 30 Proz. (also stärker als der Wert der Lederproduktion), von 388 auf 272 Mill. M. gesunken.

Beschäftigt waren im Jahre 1931 in 952 Betrieben 33 152 Personen, an die 71,3 Mill. M. Löhne und Gehälter gezahlt wurden. Gegenüber 1928, als noch 1215 Betriebe bestanden, hat sich die Zahl der Beschäftigten um ein Fünftel verringert. Gerb- und Hilfsstoffe wurden für 55 (im Vorjahr 66) Mill. M. verwandt. Stark vermindert hat sich die Produktion von Luxusleder und solchen, das für Produktionsmittel verwendet wird. So ging die Produktion von Lackleder gegenüber dem Vorjahre (mengenmäßig) um 23 Proz., die von Treibriemenleder um 28 Proz. zurück. Bei den wichtigsten Sorten aber war der Rückgang erheblich geringer; er betrug bei Oberleder 11 Proz., bei Unterleder nur 4,5 Proz. Diese beiden Gruppen aber machten zusammen fast 75 Proz. der deutschen Lederproduktion aus.

# Widerstandsfähige Schuhindustrie.

Auch der Außenhandel der deutschen Leder- und Schuhindustrie ist stark eingeschränkt; noch wie vor ist aber die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit unbeschränkt. Im Juli wurden 6596 Paar Lederschuhe im Werte von 84 000 Mark eingeführt, aber 111 822 Paar im Werte von 725 000 Mark ausgeführt. Der Schuhaußenhandel ist außergewöhnlich stark aktiv. Im Juli des Vorjahres betrug die Einfuhr 57 575 Paar, die Ausfuhr 388 332 Paar. Der absolute Rückgang im Schuhaußenhandel ist also enorm. In den ersten sieben Monaten 1932 betrug der Wert der Einfuhr 1,58, der Wert der Ausfuhr 6,02 Millionen Mark gegenüber 4,46 und 19,50 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres.

# Die Arbeitsbeschaffung.

## Der Umfang der Reichsbankhilfe.

Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat die Reichsbank es abgelehnt, anders als durch genaue Prüfung der Einzelprojekte der Arbeitsbeschaffung sich an der Finanzierung zu beteiligen. Es sei daher nicht nur keineswegs sicher, daß die Summe von 207 Millionen, soweit die Reichsbank in Frage kommt, wirklich erreicht werde, vielmehr kann im Gegenteil heute schon gesagt werden, daß dies bestimmt nicht der Fall sein wird, weil die Reichsbank einen Teil der Projekte von vornherein abgelehnt hat.

Die 207 Millionen, die die Reichsregierungsprojekte in Vorschlag gebracht hatten, setzen sich aus folgenden Posten zusammen: für die Gleisverneuerung der Reichsbahn sollten 23 Millionen, für den Straßenbau 40 Millionen, für die landwirtschaftliche Siedlung ebenfalls 40 Millionen, für Relokationen 20 Millionen, für den Wohnungsbau 30 Millionen, für den Rügen-damm 18 Millionen, für den freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen, für die Abwrach-Aktion 12 Millionen und für den Bau von Heringsloggern 4 Millionen bereitgestellt werden.

Es handelt sich dabei zum großen Teil nur um die Erweiterung von Arbeiten, für die bereits früher Mittel zur Verfügung gestellt und die Formen der Durchführung gefunden worden waren. So sind in den im Juni für die Arbeitsbeschaffung bereitgestellten 135 Millionen 60 Millionen für den Straßenbau und 25 Millionen für Relokationen enthalten. Der Rest entfiel damals auf den Bau von Wassertröphen, der jetzt nicht erweitert wurde. Für die Erweiterung des Straßenbaues hat die Reichsbank bisher keine feste Zusage erteilt, bekanntlich erfolgt die Finanzierung in der Weise, daß die Unternehmer Wechsel auf die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten ausstellen, die von einem unter Führung der Reichskreditgesellschaft stehenden Bankenkonsortium dirigiert werden. Es muß vorerst abgewartet werden, ob dieses Konsortium, das noch nicht endgültig gebildet ist, der Erweiterung zustimmt. Vermutlich wird man übrigens den Straßenbau im Rahmen der 40 Millionen teilweise durch andere ähnliche Arbeiten ersetzen, die eigentlich in das Gebiet des Wasserbaues fallen. Es wird damit gerechnet, daß

einige Talperrerbauten und ein Wasserversorgungsprojekt für Mittelachsen in diesem Rahmen erledigt werden können. Dadurch würde sich nicht nur eine bessere lokale Verteilung der Mittel ergeben, sondern auch eine Erleichterung für die Reichsbank, Kreditkontingente zu gewähren, da in diesem Falle Zweckverbände und genossenschaftliche Gesellschaften als Kreditnehmer eingeschaltet werden könnten.“

# Sanierung der Premag.

## Aber im laufenden Jahre neuer Verlust zu erwarten.

Die Prokustwerkzeug- und Maschinenbau A.-G. „Premag“, Berlin-Oberhohneweide, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen neuen Verlust von 0,37 Mill. M. aus, so daß sich der Gesamtverlust auf 0,58 Mill. M. erhöht. Die Verwaltung schlägt eine Sanierung vor in der Weise, daß die Stammaktien im Verhältnis 2 zu 1 und damit das Gesamtkapital von 1,7 auf 1 Mill. M. herabgesetzt werden. Der Ueberschuß des Buchgewinns über den Verlust und ein Teil des Referendums werden zu Sonderabschreibungen auf Anlagen und Vorräte verwendet.

In der Bilanz haben sich die Forderungen von 0,5 auf 0,35 Mill. M. ermäßigt. Davon sind aber nur der kleinere Teil (0,1 Mill. M.) Warenforderungen; der Hauptbetrag von mehr als 0,2 Mill. M. stellt Forderungen gegen ehemalige Vorstandsmitglieder dar. Woher diese Forderungen stammen und ob nicht große Ausfälle bei ihnen zu erwarten sind, wird nicht gesagt. Die Vorräte sind, im wesentlichen infolge der Abschreibungen, von 0,9 auf 0,7 Mill. M. zurückgegangen. Auf der Passivseite erscheinen Darlehen mit 0,33 Mill. M. fast unverändert. Wertwüdigerweise sind Anzahlungen von Kunden von 0,3 auf 0,5 Mill. M. gestiegen, ein Umstand, der für gewöhnlich als Zeichen steigender Umläge zu werten ist. Aber für das laufende Geschäftsjahr ist mit Sicherheit ein neuer Verlust zu erwarten.

Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels beruft am 20. September nach Berlin eine Mitgliederversammlung ein, auf der vor allem Organisationsfragen besprochen werden.

